

Standpunkte

Zeitschrift der Studierenden der Volkswirtschaftslehre an der WU



Spaziergang um den Tellerrand Ökonomische Kritik und Alternativen

Alternative Konzepte des Wirtschaftens

In Zusammenarbeit mit Christian Felber gibt Rahel Süß im Gastartikel einen Überblick über momentane praktische Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen und schließt mit einem „Plädoyer für eine kritische Vielfalt“

Causa Prof. Hörmann

Im Rahmen eines Standpunkte-Interviews haben 3 AutorInnen zweifelhafte Gedanken eines an der WU tätigen Professors aufgezeigt. In dieser Ausgabe erläutern wir die Hintergründe und veröffentlichen ein Gedankenprotokoll vom Interview

Lateinamerika

Im Rahmen eines umfassenden Artikels werden gelebte Alternativen aus dem Raum Lateinamerika dargestellt. Konzepte wie Solidarische Ökonomie, „gutes Leben“ und partizipative Demokratie werden dort bereits umgesetzt

inhalt editorial

MASTERVERTRETUNG BERICHTET

SCHWERPUNKT: KRITIK UND ALTERNATIVEN

4 Alternative Konzepte des Wirtschaftens

Gastartikel von Rahel Süß und Christian Felber

8 Why do we need philosophy in economics?

von Georg Schiller

10 Die Grenzproduktivitätentheorie kritisch betrachtet

von Harald Zeidler

12 Über Naturgesetze in der Ökonomik

von Benedikt Gampfer

13 Feministische Ökonomie –

Antworten auf die derzeit herrschenden Wirtschaftswissenschaften?

von Katharina Mader und Jana Schultheiss

15 From Open Source to Open Access: a quick introduction.

von Aurélien Fichet de Clairfontaine und Fedja Pivodic

LATEINAMERIKA

17 Nein zu Profitgier in der Bildung!

von Brigitte Hochmuth

18 Lateinamerikas Flucht aus dem Neoliberalismus

von Harald Wieser und Hannah Fietz

KOMMENTAR

22 Vom gar nicht so bösen Kapitalismus

von Andreas Sator

CAUSA HÖRMANN

24 Chronik zur Causa Hörmann

25 Das zweite Interview mit Prof. Franz Hörmann

von Stefanie Gerold, Matthias Nocker, Susanne Reither

27 Buchrezension: Das Ende des Geldes

von Stefanie Gerold

27 Factbox: Struktureller Antisemitismus

STERBEHILFE IN DER ÖKONOMIE

28 Was kostet der Tod? Sterbehilfe und Ökonomie

von Fedja Pivodic

BUCHREZENSIONEN

30 „Vorwärts zur Mäßigung“

eine Rezension von Hannah Fietz

30 „Das Globalisierungs-Paradox“

eine Rezension von Harald Wieser

WER UNTERRICHTET DICH?

31 Ein Interview mit Stefan Humer

geführt von Nicole Gruber und Brigitte Hochmuth

VERANSTALTUNGSKALENDER

Fünf Jahre nach den Anfängen der Finanzkrise sind essentielle Fragen zur Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, zu unserem aktuellen System des Wirtschaftens und der Lehre der Ökonomie noch nicht ausreichend diskutiert worden. In dieser Ausgabe möchten wir kritische und konstruktive Ansätze des ökonomischen Denkens und reale Alternativen des Wirtschaftens veranschaulichen.

In wissenschaftstheoretischen Artikeln bieten wir euch einen Diskurs über die Schlüssigkeit der klassischen und neoklassischen Argumentation. Ein besonderer Blick wird dabei auf den philosophischen Hintergrund, die naturwissenschaftliche Ausrichtung sowie die Grenzkostentheorie geworfen.

Alternativen des Wirtschaftens werden in einem „Plädoyer für eine kritische Vielfalt“ im Gastartikel von Rahel Süß in Zusammenarbeit mit Christian Felber eingeleitet. Einen tieferen Einblick bietet der geographische Schwerpunkt auf Lateinamerika, der weitere reale Beispiele zu Konzepten wie „Gutes Leben“ in den Mittelpunkt stellt. Für Interessierte werden im hinteren Teil der Ausgabe Bücher zu diesem Themenbereich vorgestellt.

Wie der Umgang mit den Errungenschaften des Internets im Zusammenhang mit Wissenstransfer und Forschungsaustausch neu überdacht werden soll und inwiefern Ökonomie in Palliative Care eine Rolle spielte, wird in zwei Artikeln behandelt.

Im Rahmen der Vorbereitung der Ausgabe – ursprünglich war ein Interview mit Schwerpunkt auf seine alternativen Ansätze geplant – sind drei unserer AutorInnen auf inkorrekte Äußerungen von Prof. Hörmann gestoßen, die im weiteren Verlauf zu erheblichem Medienaufsehen sowie Konsequenzen führten und in der vorläufigen Suspendierung Hörmanns gipfelten. In einem eigenen Teil der Ausgabe fassen wir den chronischen Ablauf zusammen, führen in die Problematik des strukturellen Antisemitismus ein und stellen sein Buch vor.

Mit unserem Überblick über ein breites Feld der Kritik und der Alternativen wollen wir eine erste Einführung in einer Neuorientierung des wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Denkens geben und zu einem interessanten Spaziergang um den Tellerrand einladen. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!!

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach bei der nächsten Redaktionsitzung vorbei (Ort und Zeit wird noch ausgesendet)! Weitere Informationen und alte Ausgaben unter www.vwl-wu.at (Rubrik Standpunkte)

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 10, Februar 2012

HERAUSGEBERIN: Mastervertretung VWL WU

CHEFINNENREDAKTION: Ernest Aigner, Florian Bohinc und Julia Janke

REDAKTION DIESER AUSGABE: Aurélien Fichet de Clairfontaine, Hannah Fietz, Benedikt Gampfer, Stefanie Gerold, Nicole Gruber, Brigitte Hochmuth, Katharina Mader, Matthias Nocker, Fedja Pivodic, Susanne Reither, Andreas Sator, Georg Schiller, Jana Schultheiss, Harald Wieser, Harald Zeidler

LAYOUT: Ernest Aigner, Olivia Kafka, Harald Wieser, Florian Bohinc

Mastervertretung berichtet



Wir, Julia Bachtrögl, Florian Beck, Rita Bergmann, Paul Ehrlich und Matthias Kollin sind seit den ÖH-Wahlen 2011 die „Mastervertretung“, die Studienvertretung für 11 verschiedene Masterprogramme der WU Wien. Als Studienvertretung sind wir die direkteste Vertretung der Studierenden gegenüber ProfessorInnen und ProgrammleiterInnen. Wir sehen unsere Aufgabe nicht nur darin, die **Studierenden aktiv zu vertreten** und bei kleinen oder größeren Hürden behilflich zu sein, sondern auch darin, mit ihnen verschiedene Veranstaltungen zu organisieren. Aus diesem Grund haben wir das Projekt-Meeting eingeführt, eine Art Plenum, das für alle Masterstudierenden offen ist, um verschiedene Events und Diskussionsveranstaltungen zu organisieren. Im Laufe der letzten Monate kam es so zu einem **Heurigen, mehreren Stammtischen, einem Newsletter und verschiedenen Diskussionsveranstaltungen** wie der „Oeconomenia“. Besonders freuen wir uns darauf, zu Beginn des nächsten Semesters eine eigene Zeitung anbieten zu können, die nicht wie die „Standpunkte“ auf inhaltliche Themen eingeht, sondern sich mehr am Leben der Studierenden orientiert. Wenn man so möchte eine besseres „WU Aktuell“.

Mastervertretung für VW/SozÖk-Studierende

Einige von euch fragen sich wahrscheinlich nun, was diese Studienvertretung mit ihnen als Volkswirtschaft- bzw. Sozioökonomie-Studierenden zu tun hat. Auf jeden Fall sehr viel! Wie einige von euch wahrscheinlich wissen, wurde es uns verweigert eine eigene Studienvertretung für VW/SozÖk zu bekommen, da aber durch jahrelange Vorarbeit die Strukturen einer einzelnen Studienvertretung intern schon gegeben waren, wollten wir diese auch weiterhin nutzen um engagierten Studierenden die Möglichkeit zu bieten, sich weiterhin mit einzubringen. Aus diesem Grund haben wir uns – gemeinsam mit dem VW-Zentrum und natürlich den Studierenden – dazu entschlossen, Dinge wie das **VW/SozÖk-Plenum** weiterhin stattfinden zu lassen und organisatorisch zu unterstützen. Für alle, die es nicht kennen: das Plenum ist ein Treffen für alle VW/SozÖks und gerne auch für Interessierte aus anderen Studienrichtungen, unabhängig von ihrem Studienfortschritt. Das heißt, es treffen sich dort Bachelor-, Master- und Diplomleute um über verschiedene Veranstaltungen und das Studium zu diskutieren. Damit man sich darunter etwas vorstellen kann, möchten wir gerne zwei der daraus entstandenen Projekte aus dem letzten Semester erwähnen: die VW/SozÖk-Feier „Ausgeschenkt“ und die inhaltliche Diskussionsrunde „Ideensuppe“.

Einer der großen Vorzüge VW oder Sozioökonomie zu studieren ist es, dass man ab dem zweiten Abschnitt die Chance bekommt, tatsächlich Studierende kennenzulernen. Man kann sich darüber freuen, nicht mehr nur als Matrikelnummer sondern wieder als Mensch gesehen zu werden. Und noch erfreulicher wird das ganze, wenn man zusammen feiern geht, wie eben zur **VW/SozÖk-Party „Ausgeschenkt“**. Diese hat am 22. Dezember in einer Prater-„Skihütte“ namens „Club Lifestyle“ stattgefunden und mehr als 150 Leute haben eifrigst das Tanzbein zu den Klängen von „Indikator“, „Flux_Capacitor“ und „heart_infect“ geschwungen.

Ein weiteres Highlight dieses Semester war die neu ins Leben gerufene Diskussionsrunde **„Ideensuppe“**. Dazu laden wir uns von Zeit zu Zeit ProfessorInnen als Gäste ein. Der erste von ihnen war niemand geringerer als Rektor Badelt. Im Zentrum dieser Diskussionsrunde stand das Thema Hochschulpolitik, wobei wir Studierenden auch mit konkreten Vorschlägen und Kritikpunkten bezüglich des Studienplans von VW/SozÖk an ihn herangetreten sind. Daraus ergaben sich Folgetreffen mit der Vizerektorin Littich (zuständig für Studienplanfragen) und Prof. Badinger (für das Department VWL in der Curricularkommission), die beide im Sommersemester stattfinden werden (siehe Kalender auf der Rückseite).

Auch im nächsten Semester sind wieder Feiern, Diskussionsveranstaltungen mit hochkarätigen Gästen und eine neue Ausgabe der „Standpunkte“ geplant. **Wenn auch du Lust bekommen hast ein Teil davon zu sein, schau mal beim Plenum oder der Ideensuppe vorbei, neue Leute sind immer herzlich willkommen.**

Wenn ihr Fragen oder Wünsche habt, dann könnt ihr euch gerne jederzeit bei uns melden.

Alles Liebe, eure Mastervertretung!

beratung@mastervertretung.at
www.mastervertretung.at



Ideensuppe mit Badelt

Alternative Konzepte des Wirtschaftens

Die Gegenwart ist alternativlos? Unser Wirtschaftssystem ein Naturzustand? In Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise muss neu vermessen werden, was an Anpassung erlaubt und an Widerstand geboten ist. Es geht um den Aufbau und die Unterstützung konkreter Alternativen. Ein Plädoyer für eine kritische Vielfalt statt Einfalt an Perspektiven.

Gastartikel von **Rahel Süß** und **Christian Felber**

Die Diskrepanz zwischen dem Wissen über die negativen Implikationen kapitalistischer Marktwirtschaften und der Effektivität ihrer Bearbeitung wächst. Das derzeitige Wirtschaftssystem steckt in einer Funktions- und Legitimationskrise. Gleichzeitig setzen dominante politische Strategien auf marktförmige Lösungen und auf die Dynamik von Konkurrenz und Profitstreben, obwohl die destruktiven Folgen solcher Strategien längst kein Geheimnis mehr sind. Wieso ist ein System, das dem Fortbestand von ökologischen und sozialen Strukturen gleichgültig gegenübersteht und den Verwertungszielen, Gewinnmotiven und dem „Shareholder Value“ Vorrang vor sozialen Bedürfnissen und Rechten einräumt, so attraktiv?

Glauben wir den PolitikerInnen, sind Wettbewerb und Profitorientierung a) das Allheilmittel gegen ökonomische und allerlei andere Probleme und b) der Garant für steigende Wohlfahrt. Dabei hat die

Das Argument ist so schlicht wie müßig: Es gibt keine Alternative zu den Sachzwängen der globalen Märkte. Als TINA-Prinzip („There is no alternative“) beschreibt Pierre Bourdieu dieses Muster, nach dem in der Öffentlichkeit Entscheidungen begründet werden. Es hat noch nie gestimmt und stimmt auch heute nicht. „Alternativlos“ wurde 2010 in Deutschland zum Unwort des Jahres gekürt, weil es in der Politik so oft verwendet wurde, um z.B. die Griechenland-Hilfe, die Gesundheitsreformen und das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ zu rechtfertigen. Eine solche politische Kultur der vorgeblichen „Alternativlosigkeit“ stellt das zentrale Wesensmerkmal der Demokratie in Frage: die Suche nach und das Abwägen von Alternativen. Geschichte lehrt uns, dass alles schon anders war und dass alles auch anders sein kann. Sie lehrt, dass wir Alternativen immer wieder neu suchen müssen und dass wir sie gestalten können.



Rahel Süß

Rahel Sophia Süß studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Mitglied bei Attack und engagiert sich in der Initiative Gemeinwohl-Ökonomie (www.gemeinwohl-oekonomie.org) und Ko-Autorin und Mit-Herausgeberin des Buches „Uni brennt“.



Christian Felber

Christian Felber, freier Publizist und Autor, ist Gründungsmitglied von Attac Austria. Er studierte neben romanischer Philologie auch Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie. Bekannt Bücher sind „Kooperation statt Konkurrenz“ (2009) und „Die Gemeinwohl-Ökonomie“ (2010). Seit 2008 ist er Lektor an der WU Wien.

Aufbau glaubwürdiger Alternativen

Ein engagiertes und mutiges Suchen nach neuen Konzepten des Wirtschaftens hat an vielen Orten der Welt bereits begonnen. Die Alternativen sind vielfältig, sie entstehen praktisch und können sich gegenseitig befruchten. Es gibt eine gesellschaftspolitisch notwendige Pluralität der Zugangsweisen und eine Vielzahl an Konzepten alternativer Wirtschaftsformen. Sie unterscheiden sich beispielsweise in ihren Reichweiten. Während die einen Ansätze eine humanere Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften forcieren, verfolgen andere das Ziel der Überwindung des Kapitalismus. Ganz konkret wollen wir in diesem Beitrag vier alternative Wirtschaftsformen vorstellen, die Menschen für anderes Handeln motivieren und Orientierung geben.

Solidarökonomie – von ökonomischen Zwängen befreit solidarisch wirtschaften

Für die Bewegung der Solidarischen Ökonomie steht im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Tätigkeit das Prinzip der Solidarität. Ziel ist es, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen – auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe. Solidarische Ökonomie wird bereits in einer Vielzahl von Projekten und Unternehmen umgesetzt. Dazu gehören zum Beispiel gemeinschaftliche Eigentumsformen wie Wohn-, Konsum- und Produktionsgenossenschaften, Agrarkooperativen, Belegschaftsübernahmen, Gemeinschaftssiedlungen, gemeinschaftliche Produktion von Wissen, Fairer Handel, Tauschringe und Regionalwährungen, lokale Banken und ethisches Investment. Wesentlich für die Entwicklung einer Solida-

Weltwirtschaftskrise von 2008 eines ganz klar gezeigt: Eine wachstumsbasierte Volkswirtschaft, die auf die Imperative Konkurrenz und Profitorientierung setzt, gefährdet soziale Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Dennoch heißt es weitermachen wie zuvor. Warum, so mag man fragen, werden die destruktiven Folgen eines solchen Systems nicht vermieden? Oder anders gefragt: Warum werden die widersinnigen Anreize und die gefährliche gesellschaftliche Logik, die uns in einem Wettbewerb gefangen hält, nicht überwunden?

rischen Ökonomie ist die gesellschaftliche und politische Unterstützung. Die brasilianische Regierung fördert beispielsweise den Aufbau eines solidarischen Wirtschaftssektors und hat dafür ein eigenes Ministerium samt zuständigem Staatssekretär einberufen. In vielen südeuropäischen Ländern hat die Förderung von Genossenschaften bereits Verfassungsrang.

In Wien gibt es zahlreiche solidarische Projekte: Kostnix-Läden und Lebensmittel-Kooperative (Food Coops) wie das Bioparadeis, den Fresskorb und d'Speis, einen Talente-Tauschkreis, Gemeinschaftsgärten und viele andere Initiativen mehr. Die Kritische und Solidarische Universität (KriSU) in Wien veranstaltet auch dieses Jahr wieder eine „Winterschool 2012: Solidarische Ökonomie“ vom 17. bis 19. Februar in Villach. Ein anderes schönes Beispiel für die Förderung solidarischer Lebensweisen ist die Schenke in Wien. Die Schenke in der Pfeilgasse 33 im achten Bezirk ist ein offener Raum für alle, die sich gegenseitig beschenken wollen. An drei Tagen in der Woche können Dinge gebracht und mitgenommen werden. Die Miete wird über regelmäßige Geldspenden finanziert sowie über die Einnahmen aus dem nach freier Preisgestaltung organisierten Café-Betrieb.

Gemeinwohl-Ökonomie

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein alternatives Wirtschaftsmodell, das seit 2009 von einem wachsenden Kreis von Unternehmen aus Österreich, Deutschland und Italien entwickelt wird. Der Kern: Der rechtliche Anreizrahmen für Unternehmen soll von Gewinnstreben und Konkurrenz umgepolt werden auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Dadurch wird der Wertwiderspruch zwischen Markt und Gesellschaft aufgelöst: Nicht mehr egoistische und eigennützige Verhaltensweisen werden primär belohnt, sondern der Beitrag zum Gemeinwohl. Neue Hauptbilanz aller Unternehmen wird zu diesem Zweck die Gemeinwohl-Bilanz: Sie misst soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Mitbestimmung und gesamtgesellschaftliche Solidarität. Gemeinwohl-Bilanz (Betriebswirtschaft) und Gemeinwohl-Produkt (Volkswirtschaft) lösen Finanzgewinn und BIP als ökonomische Erfolgsindikatoren ab. Damit wird endlich gemessen, was wirklich zählt! Alle Unternehmen – vom EPU (Ei-Personen-Unternehmen) über das familienbetriebene Hotel bis zum börsennotierten Konzern – können maximal 1000 Punkte erreichen. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz des Unternehmens, desto größer sind die rechtlichen Vorteile: niedrigere Steuern und Zölle, günstigere Kredite oder Vorrang im öffentlichen Einkauf. Dadurch werden die ethischen Produkte billiger als die unethischen.

Das wiederum hilft den KonsumentInnen. Das Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis könnte in fünf Farbstufen auf allen Produkten aufscheinen – dann hätten die KonsumentInnen eine klare Informationsgrundlage für die mündige Kaufentscheidung. Wer mit dem Handy den Strichcode scannt, hat auf dem Display sofort die vollständige Gemeinwohl-Bilanz, die via Internet öffentlich zugänglich sein muss. Die Finanzbilanz bliebe erhalten, aber das Gewinnstreben würde differenziert: Nach wie vor dürfen Gewinne verwendet werden für soziale und ökologisch wertvolle Investitionen, Kreditrückzahlungen, begrenzte Ausschüttungen an die Mitarbeitenden oder Rücklagen. Nicht mehr erlaubt wären hingegen: feindliche Übernahmen (gegen den Willen der Beschäftigten oder Geschäftsführenden), Investitionen auf den Finanzmärkten und die Ausschüttung an Personen, die nicht im Unternehmen mitarbeiten. Es gäbe Aktien respektive direkte Unternehmensbeteiligungen für Privatpersonen, doch wären diese weder handelbar noch verzinst. Der Gewinn des Kapitalverleihs in der Gemeinwohl-Ökonomie ist Sinn. Um – kostenloses, weil unverzinstes – Eigenkapital anziehen zu können, müssen Unternehmen ihren Sinn gut erklären oder eine ausgezeichnete Gemeinwohl-Bilanz vorlegen können.

Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“ startete im Oktober 2010 in Wien und ist in nur einem Jahr zu einer internationalen Bewegung geworden: Mehr als 500 Unternehmen aus 13 Staaten unterstützen die Initiative, darunter Sekem (Ägypten, 1850 Beschäftigte), KWB (Steiermark, 300), Sonnentor (Waldviertel, 140), Götting des Glücks (Wien, 4) oder die Sparda Bank München (Bayern, 650). 60 davon haben 2011 erstmals freiwillig die Gemeinwohl-Bilanz erstellt, 2012 werden es bereits 200 sein. Neben den PionierInnen haben sich – spontan – elf weitere AkteurInnen-Kreise gebildet: BeraterInnen, AuditorInnen, ReferentInnen, BotschafterInnen, IT-Teams und vor allem: 20 regionale Unterstützungsgruppen („Energiefelder“) in fünf Staaten.

Das „Redaktionsteam Gemeinwohl-Matrix“ sammelt laufend Feedback von den Pionier-Unternehmen und entwickelt einmal jährlich ein Update der Bilanz. Nach mehreren Jahren unter immer breiterer Beteiligung soll die Vorarbeit einem demokratischen Konvent übergeben werden, der daraus ein Gesetz formuliert, über das der/die Souverän entscheidet. Bei Annahme wird das Ergebnis in der Verfassung verankert und könnte zum Beispiel alle drei bis fünf Jahre in Folgekonventen weiterentwickelt werden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Eine Gleichgewichtswirtschaft mit Kostenwahrheit

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft sind der Wettbewerbsdruck nie zu groß, das Kostenmanagement nie zu radikal und der Gewinnanspruch nie zu hoch. Die Wirtschaftlichkeit von Unternehmungen, die auf eine solche Strategie setzen, ist äußerst fragwürdig. Meist werden die sozial-ökologischen Kosten dafür zeitlich sowie räumlich externalisiert bzw. sozialisiert. Die Steady-State Economy (Gleichgewichtswirtschaft), die klar von dem „steady-state“-Begriff aus neoklassischen Wachstumsmodellen (Solow, Romer) abzugrenzen ist, beschreibt ein volkswirtschaftliches Modell, das die Begrenzung des Wachstums durch seine Koppelung an die Umweltbelastung forciert. Sie ist nur eine von vielen Spielarten einer Postwachstumsökonomie. Ziele sind die Überwindung des Wachstumszwanges und die Überführung der Wirtschaft in ein langfristiges Gleichgewicht mit Umwelterfordernissen jenseits von Wachstum und Rezession. Ausgehend von der Überlegung, dass die sozialen und ökologischen Kosten, die durch die ständige Steigerung makroökonomischer Größen wie Bevölkerung, Produktion und Konsum, Investitionen etc. verursacht werden, in der Tendenz die effektiven ökonomischen Gewinne überwiegen, wird eine Internalisierung der externen Kosten angestrebt. Der Wirtschaftsprofessor und prominenteste Vertreter der Steady-State Economy Herman Daly ist davon überzeugt: „Growth already has become uneconomic. In other words, the quantitative expansion of the economic subsystem increases environmental and social costs faster than production benefits, making us poorer not richer, at least in high-consumption countries.“ (Daly 2008: 2)

„Demokratische Allmenden“

Eine nichtkapitalistische Eigentumsform ist öffentliches Gemeinschaftseigentum. Jedoch nicht in der gewohnten Form. In der Nachkriegszeit wurden Straßen, Eisenbahnen, Stromnetze, Trinkwasser- und Gasversorgungsbetriebe, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Post und Telefonleitungen vom Staat aufgebaut und betrieben („Daseinsvorsorge“, „öffentliche Dienstleistungen“). Seit den 1980er Jahren wird dieser öffentliche Sektor wieder zunehmend liberalisiert und privatisiert, ein Prozess, der sich gerade auf dem Höhepunkt befindet, und zu dem infolge von schlechten Erfahrungen und Protesten auch schon Gegentendenzen eingesetzt haben. Als Alternative zu staatlichen Versorgungsunternehmen, wie wir sie kannten, könnten essenzielle Wirtschaftszweige direkt von der Bevölkerung kontrolliert und gesteuert werden: „moderne“ oder „demokratische Allmenden“. Eine Allmende ist traditionell ein Gemeinschaftsgut, das

allen gehört. Sie war im Mittelalter typischerweise ein Stück Wald oder Weide, das von allen DorfbewohnerInnen genutzt werden konnte. Davon inspiriert könnten „moderne“ oder „demokratische Allmenden“ die Bahn oder die Post sein, Universitäten, Stadtwerke, Kindergärten oder eben die Banken. Die souveränen EigentümerInnen würden in diesen Betrieben Verantwortung ausüben, indem sie die Steuerung dieser Unternehmen selbst in die Hand nehmen. Wie das funktionieren könnte, lässt sich an internationalen Erfolgsbeispielen studieren: In der kalifornischen Hauptstadt Sacramento versorgt das Energieversorgungsunternehmen Smud 1,5 Millionen Menschen mit Strom; das Leitungsgremium des Energieversorgers wird direkt-demokratisch gewählt. Dieses muss sich deshalb nach den Prioritäten der Bevölkerung richten, was ihm exzellent gelingt. Smud ist bei den Präferenzen der Bevölkerung – Umweltschutz und hochwertiger Service – konstant an der Spitze der USA und weit über dem gesetzlichen Mindeststandard in Kalifornien. In den wichtigsten Fragen dürfen die EigentümerInnen selbst entscheiden. Diese unternehmensinterne direkte Demokratie wurde bisher einmal angewandt: 1989 stellte Smud den BürgerInnen-EigentümerInnen die Frage, ob das einzige betriebseigene Atomkraftwerk weiterlaufen oder ein neuer Weg in Richtung alternativer Energien eingeschlagen werden solle. Die Mehrheit der Versorgten entschied sich für die Stilllegung des Atomkraftwerks und die massive Förderung grüner Energiequellen. Der Erfolg dieser „souveränen“ Entscheidung ist heute gut sichtbar.

Ein anderes Beispiel: In der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre wird das kommunale Budget unter Mitwirkung der Bevölkerung erstellt („partizipatives Budget“) und die städtische Trinkwasserversorgung in einer „Public Popular Partnership“ organisiert. In dieser Alternative zur klassischen Public Private Partnership (PPP) arbeiten die städtische Verwaltung und die Bevölkerung zusammen. Das Ergebnis ist ähnlich sensationell wie in Kalifornien: 99 Prozent der Bevölkerung sind an das Trinkwassernetz angeschlossen, die Kanalanschlussrate hat siebzig Prozent erreicht. Weil die Vermögenden, die ihre Golfplätze gießen oder Swimmingpools anfüllen, stark progressive Tarife bezahlen müssen, können nicht nur die Armen mit günstigem Trinkwasser versorgt werden, sondern der Volksbetrieb kommt auch ohne Zuschuss aus dem städtischen Budget aus: ohne einen Cent Steuergeld.

Die Leitungs- und Aufsichtsgremien „demokratischer Allmenden“ könnten sich aus direkt gewählten VertreterInnen der Behörden („Staat“), der Beschäftigten und der NutzerInnen sowie einer Gender-Beauftragten und einer Zukunftsanwältin zusam-

mensetzen. Ein Daseinsvorsorge-Konvent könnte diejenigen Wirtschaftsbereiche definieren, welche diesem öffentlichen Gemeinwohlsektor angehören, und die Spielregeln für ihre Organisation bestimmen.

Eine einseitige Kapitalismuskritik greift zu kurz

Wie gezeigt wurde, gibt es eine Vielzahl an Initiativen, die alternative Formen des Wirtschaftens – jenseits der destruktiven kapitalistischen Logik – entwickeln und bereits in der Praxis umsetzen. Der Blick sollte aber nicht auf eine einseitige Kapitalismuskritik verengt und Alternativen nicht ausschließlich in der ökonomischen Sphäre angesiedelt werden. Es ist wichtig zu verstehen, dass unser Wirtschaftssystem von kulturellen Praktiken und Wertorientierungen lebt, die es (mit)produziert, und die wir durch unsere Alltagspraxis beständig absichern und stabilisieren. Wir haben uns die ökonomischen Strategien quasi einverleibt. Wer heute ernsthaft gesellschaftlichen Wandel will, kommt also nicht mehr umhin, auch sich selbst in den Blick zu nehmen. Es gilt, die Mechanismen und Prinzipien zu hinterfragen, auf denen unsere Ideale und Wünsche, unsere Vorstellungen und Empfindungen von Zufriedenheit fußen. Zentral ist eine Art praktische Kulturrevolution, die gegen Konsumismus und Konkurrenzdenken aufbegehrt. Notwendig sind Kritik und Lernprozesse, in denen die „Geiz-ist-geil“-Kultur für immer mehr Menschen zu einer eher unerträglichen, unattraktiven und unmoralischen Sache wird. Doch reichen Analyse, Empörung, Kritik und Protest überhaupt aus?

Radikal reformistisch

Es ist schon sehr merkwürdig: Unsere Volkswirtschaften werden gemessen an ihrer Produktivität immer reicher. Gleichzeitig sind wichtige gesellschaftliche Bereiche wie die öffentliche Bildung, Pensionen, Gesundheit und die Bereitstellung von Sozialleistungen von drastischen Kürzungen betroffen. Der politische Wille muss sich radikal ändern. Dafür ist der politische Druck von unten unverzichtbar. Auf der Suche nach dem großen Alternativentwurf empfiehlt es sich aber, den Blick nicht einseitig auf Strukturprobleme zu verengen. Es gilt vielmehr, Handlungsspielräume unter der gegebenen politischen Konstellation auszuloten und an konkreten gesellschaftlichen Konflikten anzusetzen. Kleinteilige Alternativen und Richtungsforderungen – wie beispielsweise die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – können eine außerordentliche Wirkung entfalten.

Zukunft gestalten - Kooperationsnetzwerke knüpfen

Die gegenwärtigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen fordern mutige und entschlossene Menschen, die sich an der Entwicklung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Zukunft und dem Aufbau und der Unterstützung konkreter Alternativen beteiligen. Was es braucht, sind Experimente, Vorbilder und Begeisterung; klare Zukunftsbilder, eine mutige Politik und eine durchdachte Strategie, um es mit der Destruktivität des derzeitigen Wirtschaftssystems aufzunehmen. Das können einzelne Gruppen und Initiativen nicht alleine schaffen. Dafür braucht es die Vernetzung ähnlicher Initiativen. Ein anzustrebendes Ziel ist der Aufbau von Kooperationsnetzwerken, in der sich die Initiativen zu alternativen Wirtschaftsformen wie die Gemeinwohl-Ökonomie, Solidarische Ökonomie, Demokratische Allmenden und Steady-State Economy vernetzen, gemeinsame Aktivitäten planen und zu einem gemeinsamen Handeln kommen. Wir sollten uns die Freiheit nehmen, für das einzutreten, was uns wichtig ist, denn es gibt immer eine Alternative.

*Rahel Süß studiert
Politikwissenschaft an der Universität Wien*

*Christian Felber ist
Gründungsmitglied bei Attac-Österreich*

Literatur:

- Daly, Herman E. (24.04.2008): A Steady- State Economy.
In: taz.de. Verfügbar im Internet: URL: http://steady-staterevolution.org/files/pdf/Daly_UK_Paper.pdf, S. 2
(Abgerufen am 08.01.2012)
- Brand, Ulrich/Lösch, Betina/Thimmel, Stefan (Hrg.)
(2007): ABC der Alternativen. Hamburg, VSA Verlag.
- Felber, Christian (2011): Die Gemeinwohl-Ökonomie: Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien, Deuticke.
- Helfrich, Silke :Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. Berlin, Oekom Verlag.
- Michael, Albert (2006): Parecon: Leben nach dem Kapitalismus. Frankfurt, Trotzdem-Verlag.

Why do we need philosophy in economics?

Living in the 21st century, do we really need to think about philosophy? I mean philosophy that is mainly about people like Kant or Aristotle, right? And to be honest, our world is so complex already, I don't think it makes sense to talk and read about people who have lived several hundred or a few thousand years ago! Moreover, why should it be important for economics anyway?

von **Georg Schiller**

At WU we normally learn a lot about economics. We attend courses like Volkswirtschaftslehre, International Macroeconomics and sometimes even Ecological Economics. In all these courses we learn about methods, such as Supply and Demand Curves, Econometrics, Consumer Behaviour Observations and so on. Sometimes we even learn about the advantages and disadvantages of specific methods, but apart from that there are no real problems, right?

Wait! Perhaps there might be an ethical aspect to economics? Like, for example, why people buy so much junk when others starve. Yet, is it morally correct to observe what people buy and make criticisms? Who knows their needs and wants? What if we start questioning such things? Hmm, but we can't always think about ethics, I mean what would be left if we always have the question of ethics? So, what else is philosophy good for, besides ethics? Not much, right? Hey, Hey, not so fast, I haven't finished with the article yet.

So, we know that ethics is part of philosophy but is that all? No, it isn't! If we're going to talk about economics, what do we mean by that? Well, normally if we're talking about economics we're talking about markets, prices, and eventually about efficiency and allocation, right? One way to explain the functioning of the market is the use of the invisible hand which supposes a self-regulating nature of the market. This means that by maximizing the gain of individuals the society as a whole will benefit. It is strongly connected to the philosophical concept of utility. With the help of utility it is possible to measure satisfaction of a consumer by his/her consumption of goods and services. The idea behind the concept of utility is the maximization of one's individual utility. Apart from the moral problem of maximizing one's individual utility by buying a lot of junk when simultaneously people are starving, there is also the problem of the philosophy of science behind the invisible hand.

Well, let us look at the following discussion between two friends, Rosa and Ludwig, to see what the problem consists of:

Rosa: "... Oh, there can't be such a thing as an invisible hand and if there is, can you please show it to me?"

Ludwig: "Well, of course I can't: it's an invisible hand. Invisible! You understand? How could I show you an invisible hand? Have you ever seen air?"

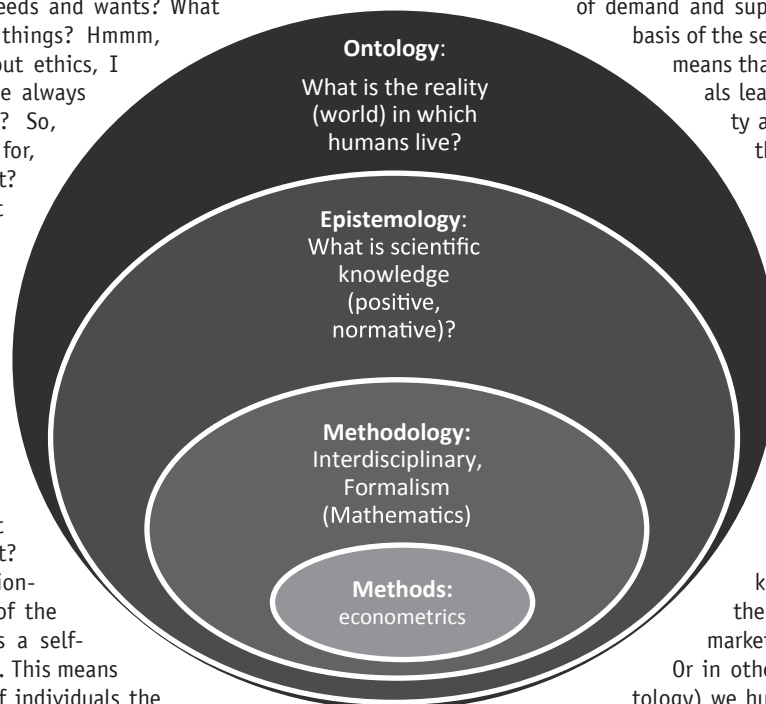
Rosa: "Ok, ok, so you can't show me the invisible hand, on which bases are you then justifying the use of the term invisible hand?"

Ludwig: "Easy, just study the market and you will realize that the market is a very neutral thing which functions on the basis of demand and supply! It also functions on the basis of the self-regulating mechanism. This means that the self-interest of individuals lead to the benefit of the society as a whole. But unfortunately, there're always politicians, monopolies and advertisement that interfere and disrupt the proper self-regulation of the market"

Rosa: "Ok, this actually sounds pretty logical to me! But... wait a moment! This would imply that the reality in which we live (Ontology) consists mainly of the market. That means, we humans are just part of the market and if we behave properly then we are benefiting from the markets self-regulating mechanism. Or in other words, in your reality (Ontology) we humans are just interfering and disrupting the market!"

Ludwig: "So? What's wrong about that?"

Rosa: "Well, your idea of the reality (Ontology) is wrong: if we humans are just disrupting the market, then the conclusion would be that we're required to do what is good for the market. Namely, seeing the market as the highest institution and obey it. But obviously, we are not just part of the market! If at all, then the market is part of humans, or in other words of our society! Look, would there be a market without humans/society? Obviously not! But would there be humans/societies without a market?"



Quelle: Clive Spash, 2012

NON SEQUITUR BY WILEY

Ludwig: "Ok, I agree on that. But still, the market is value-free and neutral as long as politicians, monopolies and advertisements don't interfere. Therefore, because the market and its self-regulation are neutral, the research on it must also be neutral (Epistemology). That's why the science on the market (neoclassical economics) is an objective science and therefore trustworthy! Would neoclassical economics be about politicians and monopolies and so forth then it would not be an objective science but rather a normative one."

Rosa: "Well, first of all we just agreed that the belief in the market is based on the assumption that we do what is best for the market, that we obey the market. This however, implies that we end-up valuing the market more than other humans! Or in other words we have to trust in the market more than other humans! So, honestly how can you still assume that the market is value-free and its research objective? I mean valuing and trusting the market more instead of other humans is not only very dangerous but also normative. It makes value judgements and tells us what must be done, namely believing and trusting in the market."

Ludwig: "Ok, I agree. So the market implies that we humans have to adapt to it. Ok, nothing is perfect, but still we have done so much research on the market and its self-regulatory mechanism. Furthermore, this research is mostly done and proven by mathematics (Methodology). So, with the help of mathematics we can improve the market and get rid of most problems!"

Rosa: "Well maybe, but to come back to the issue of philosophy. You just explained that with the help of mathematics you can get rid of all possible problems relating to the market, right? You mean that with the help of mathematics and the invisible hand all problems will be solved. Well, I think we already agreed that the market and its self-regulation implies that we humans are just part of the market (Ontology) and by that we are required to trust and value the market more than other humans, therefore the market is value-laden and normative (Epistemology). I mean after all, that even the mathematics (Methodology) or mathematical methods, such as econometrics can't solve much because of the ontology and epistemology the belief in the market requires. Furthermore, value and trust are very important – should we really leave it to the invisible hand?"

Ludwig: "Hmmm... but still, I believe that we have to trust the invisible hand!"

The invention of IDEOLOGY

*Georg Schiller macht ein Individuelles Diplomstudium
unter anderem an der Wirtschaftsuniversität Wien*



Die Grenzproduktivitätentheorie kritisch betrachtet

Warum lohnt eine Auseinandersetzung mit der Grenzproduktivitätentheorie? Ganz einfach, weil es sie noch gibt. Tausendmal widerlegt, lugt sie noch immer aus den Lehrbüchern (z. B. bei Mankiw und Samuelson). von **Harald Zeidler**

Aus diesem Grund wird sich meine Diplomarbeit mit diesem Thema befassen, und ich kann hier nur erste Einblicke in meine Bemühungen vermitteln. Für jemanden, der nicht an die technische Bestimmtheit der funktionellen Einkommensverteilung glaubt, ist diese Theorie vom ersten Moment an – sagen wir – kritikwürdig und es entfalten sich außerdem Fragestellungen, die die innere Konsistenz der Theorie betreffen. D.h. auch die Modellwelt der Nutzenfunktionen und der Produktionsfunktionen, die jeweils keine realen Entsprechungen haben, ist in sich widersprüchlich.

Stichwort Mikrofundierung

Die GPT tritt in verschiedenen Varianten auf. (Feess-Dörr 1992: 487, 488) Die mikroökonomische Variante besteht in der Betrachtung eines Unternehmens. Sie liefert noch zutreffende Aussagen, sie möchte aber auch nicht so weitreichende machen wie die makroökonomische Variante. Da sich die neoklassische Makroökonomie mit der Mikrofundierung rühmt, ist umso bemerkenswerter, dass diese bei der Übertragung der mikroökonomischen Variante auf die makroökonomische Variante nicht gewährleistet ist.

Bei Walras gibt es verschiedene Kapitalgüter, idealerweise wird jedes Produkt mit ausschließlich für dieses geeigneten Produktionsfaktoren hergestellt. Andernfalls würden wir direkt bei der Aggregationsproblematik landen. Im Walrasianischen System wird Arbeit und nicht die Ware Arbeitskraft, das bloße Arbeitsvermögen, angeboten, weil Walras in seinem zeitlosen allgemeinen Gleichgewichtssystem keine Unsicherheit über den stofflichen und wertmäßigen Ausgang des Arbeitsprozesses kennt. Der/die entsprechende AkteurIn bietet aber nicht bloß eine Arbeit an, beispielsweise an der Supermarktkasse zu stehen, sondern er/sie kann zumindest zwischen einigen Tätigkeiten wechseln, zur Produktion verschiedener Güter und Dienstleistungen beitragen. Er/sie reduziert also sein/ihr Arbeitsangebot auf Stunden, die er/sie bereit ist zu leisten. Wohlgemerkt ist dies in der Neoklassik so, wie durch die Nutzenfunktionen für Freizeit gezeigt. Das Konzept des aus eigenen Stücken gewählten Arbeitsangebots hält der Realität nicht stand. Die Arbeitsangebotskurve wäre S-förmig, weil die Arbeit als einzige Einkommensquelle eben auch die Möglichkeit der Güternachfrage determiniert und dies bei niedrigen Löhnen ein hohes Arbeitsangebot impliziert. Mir geht es darum, zu zeigen dass auch das

Walrasianische Individuum seine verschiedenen Arbeiten gedanklich auf einen Nenner bringt, auf etwas Gemeinsames reduziert, und dass sich diese Reduktion mit der Aggregation nicht verträgt.

Denn wie Felipe (2001: 4) herausarbeitet, gibt es bei der Grenzproduktivitätentheorie zwei verschiedene Aggregationsprobleme. Eines betrifft die Aggregation der verschiedenen Kapitalgüter zu einem Kapital. Dieses Problem firmierte an prominenter Stelle in der Cambridge-Cambridge Kapitalkontroverse und wurde u.a. von Joan Robinson aufgedeckt. Es zeigt, dass Kapital nicht unabhängig von seinem Preis (dem Zins) zu einer Einheit aggregiert werden kann. Während Arbeit sich in Stunden messen lässt, lassen sich die Äpfel und Birnen, respektive Gebäude, Maschinen und Rohstoffe nur durch Geld auf einen Nenner bringen. Dieser Betrag ist aber vom Zinssatz abhängig, ein Zirkelschluss.

Das zweite Aggregationsproblem handelt von der Aggregation der verschiedenen Produktionsfunktionen (mit mehreren Kapitalgütern) zu einer. Diese ist nur unter restriktiven Annahmen möglich. „Suppose the technology of two firms is Cobb-Douglas. Can they simply be added up to generate the aggregate production function? The answer is no. What if the restriction that both production functions have constant returns to scale is added? Not yet. Are further restrictions needed? Yes.“ (Felipe 2001: 4) Deswegen haben wir Walras zu Beginn auch für jede Produktion exklusive Produktionsfaktoren unterstellt. Eine Unterstellung jedenfalls, da Walras diese Annahme selbst nicht vornimmt. Er war zwar der erste, der eine Allgemeine Gleichgewichtstheorie formulierte, aber er vergaß einige Annahmen, z.B. arbeitete er in den ersten Ausgaben noch mit fixen Produktionskoeffizienten. Walras behauptete allerdings auch nie, eine makroökonomische Produktionsfunktion entwickelt zu haben. (vgl. dazu Opocher 2004)

„Die Produktionsfaktoren lassen sich nicht so einfach auseinander dividieren! Nur gemeinsam sind wir stark!“

Könnten die Maschinen und Schrauben sprechen, würden sie diesen Ausruf tätigen. Ohne dass sie vom Menschen angewandt werden, würden sie bestenfalls verrosten. Damit sind wir jetzt bei den Annahmen der neoklassischen Produktionsfunktion angelangt. Obwohl

die Werktätigen unter jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen von den Produktionsmitteln getrennt sind, weil sie eben keinen Besitz an denselben haben und nur ihre Arbeitskraft verkaufen, wirkt die konkrete Arbeit im Produktionsprozess mit den Maschinen usw. gemeinsam. Der Output lässt sich nicht kausal auf die einzelnen sogenannten Produktionsfaktoren zurückführen. Pullen (2010: z.B. 4) bezeichnet das als disentanglement Problem. Marxistisch kann man sagen, dass Qualität mit Quantität verwechselt wird. Im Produktionsprozess, so wie er sich in allen Gesellschaftsformationen abspielt, als Umwandlung der Natur durch den Menschen, kommt es zu qualitativen Veränderungen. Der Speer und die Feuerstelle einer Wilden wandeln ein Tier in ihr Essen um. Trotzdem bietet sie beim Abendessen ihren Werkzeugen keinen Bissen an (sie müsste ihnen auch alles geben, weil sie ohne sie erfolglos auf der Jagd geblieben wäre). Die heutigen Produktionsmittel stehen etwaigen Belohnungen genauso indifferent gegenüber, aber dankenswerterweise springen ihre BesitzerInnen gerne ein und beweisen NehmerInnenqualitäten.

Die passende rechtfertigende Theorie dazu unterstellt eine stetige Funktion des Outputs von den eingesetzten Produktionsfaktoren und verwechselt damit Kausalität und Korrelation. Schon in der ersten, der betrieblichen Variante dieser GPT müssen die Produktionsfaktoren unendlich teilbar sein. Außerdem müssen sinkende Grenzproduktivitäten gegeben sein, genauso wie fallende Grenznutzen in der Konsumsphäre Eigenschaften, „die zentral für die gesamte ‚moderne‘ Wirtschaftstheorie“ sind. (Hüller 2006: 7) Weiters muss das Eulersche Theorem erfüllt sein, d.h. es müssen Produktionsfunktionen mit Homogenitätsgrad 1 vorliegen (z.B. bei Öttl 2003 ausgeführt). Kurz erklärt, muss eine sage 10%ige Erhöhung aller Produktionsfaktoren zu einer ebenfalls 10%igen Erhöhung des Outputs führen. Dies klingt zwar plausibel, aber außer der Komplikation, dass der Output der einzelnen Firma dann unbestimmt ist (Gewinnmaximierung führt zu einem Gewinn von Null), möchte ich Folgendes über das Entscheidungsverhalten der UnternehmerInnen anmerken: Die subjektive Wertlehre arbeitet mit der simultanen Bestimmung von Input- und Outputpreisen, die sich durch die Angleichung der Grenznutzen ergibt. Carl Menger hat zwar keine Allgemeine Gleichgewichtstheorie entwickelt, will aber genauso die Werte der Produktionsmittel aus den Werten der Konsumgüter bestimmen.

Der bzw. die UnternehmerIn sieht sich aber mit historischen Preisen konfrontiert, die ihm/ihr als gesellschaftliche Phänomene gegeben sind. Mit ihnen gibt es genau eine optimale Kombination von Produktionsfaktoren. Die Aufstellung einer Produktionsfunktion, die zeigt, was mit anderen Kombinationen oder anderen Preisen möglich gewesen wäre, erledigt sich.

In diesem Überblick konnten bei weitem nicht alle Argumente angeführt werden. Die Widerlegung der Grenzproduktivitätentheorie ist aber keine exklusive Leistung einer ökonomischen Schule, so sei neben der Postkeynesianerin Joan Robinson und dem Marxismus auf das von dem Neoricardianer Piero Sraffa aufgezeigte Reswitching Phänomen verwiesen. Sraffa zeigt, dass bei unterschiedlichen Kapitalintensitäten in verschiedenen Branchen Kapitalintensität und Profitrate einerseits und Arbeitsintensität und Lohnrate andererseits nicht negativ zusammenhängen, wie von der Grenzproduktivitätentheorie unterstellt. Diese Erkenntnis ist nicht zuletzt durch ihre verteilungspolitischen Implikationen (ein sinkender Lohn bedeutet nicht eine höhere Beschäftigung) wertvoll.

Harald Zeidler studiert VWL an der WU

Literatur

- Fees-Dörr, Eberhard (1992). Mikroökonomie. Eine Einführung in die neoklassische und klassisch-neoricardianische Preis- und Verteilungstheorie. Metropolis Verlag.
- Felipe, Jesus (2001). Aggregation in Production Functions: What Applied Economists Should Know. <http://www2.econ.iastate.edu/tesfatsi/aggregateprodfunctions.felipe-fisher.pdf>. (zuletzt abgerufen: 3.1.12).
- Hüller, Knut (2006). Des Bäckers umwerfende Theorie vom Gleichgewicht. <http://www.exit-online.org/pdf/HuellerNeoklassik.pdf>. (zuletzt abgerufen: 3.1.12).
- Opocher, Arrigo (2004). Reconsidering the early marginal productivity theory of distribution and interest. <http://growthgroup2.ec.unipi.it/volume2/opocher%201.pdf>. (zuletzt abgerufen: 3.1.12)
- Öttl, Manfred (2003). Politische Ökonomie Modul 3: Organisierter Kapitalismus: Neoklassische Ökonomie. <http://www.wu.ac.at/vw3/downloads/telematik/politischeoekonomie3.pdf> (zuletzt abgerufen: 3.1.12).
- Pullen, John (2010). The Marginal Productivity Theory of Distribution – A critical history. Routledge. London and New York.

Über Naturgesetze in der Ökonomik

“The distance traveled by a falling body in any specified time is given by the formula $s = \frac{1}{2} \cdot g \cdot t^2$ (...) The application of this formula to a compact ball dropped from the roof of a building is equivalent to saying that a ball so dropped is behaving as if it were falling in a vacuum” (Friedman 1953, S.16).

“It is only a short step from these examples to the economic hypothesis that under a wide range of circumstances individual firms behave as if they were seeking rationally to maximize their expected returns” (Friedman 1953, S.21).

Milton Friedman (1912-2006) ist bestens bekannt als Gründer-vater des Monetarismus, liberaler Vordenker und Berater angebots-orientierter Wirtschaftspolitik. Weniger berühmt sind hingegen Friedmans bereits 1953 erschienenen wissenschaftstheoretischen Überlegungen. Dabei gilt der Einleitungsabschnitt „The Methodology of Positive Economics“ (S.3-43) in Friedmans „Essays in Positive Economics“ als einflussreichster, am öftesten zitierter und zugleich umstrittenster Beitrag in der Methodologie der Ökonomik im 20. Jahrhundert (vgl. Mäki 2009).

Der Anspruch seines Schreibens wird durch obige Auszüge offen-bar: Friedman sieht die Ökonomik und die Naturwissenschaften auf einer Stufe in der Theoriebildung. Galileis Fallgesetz beschreibt die zurückgelegte Wegstrecke s eines im freien Fall befindlichen Körpers in Abhängigkeit von der Beschleunigungskonstante g und der Zeit t und unabhängig von dessen Form oder Gewicht. Dieses physikalische Gesetz sei deshalb so erfolgreich, weil es auch ohne die, in der Realität unrealistische, Annahme eines Vakuums je nach Luftwiderstand des Körpers als Näherung gut funktioniert. Friedman sieht in dieser Güte der Vorhersagekraft einer Theorie und nicht in der Realitätsnähe ihrer Annahmen das Kriterium diese zu beurteilen.

Übertragen auf die Ökonomik bedeute dies, Unternehmen oder Geschäftsleute verhalten sich so, *als ob* sie die Erträge ihrer Investitionen maximieren, „as if (...) they knew the relevant cost and demand functions (...) and pushed each line of action to the point at which the relevant marginal cost and marginal revenue were equal“ (Friedman 1953, S.21/22). Die Black-Box der Ökonomik, das Verhalten von Wirtschaftssubjekten, lasse sich also erklären, nicht weil die Annahmen des Homo-Oeconomicus-Modells realistisch wären, sondern weil jegliches der Gewinnmaximierung widersprechende Agieren langfristig zum Marktaustritt führe. Das „Als ob“-Verhalten ist somit als eine Notwendigkeit zu verstehen, die das Agieren von Firmen im Markt und damit das Marktgleichgewicht am besten prognostiziert. Solange diese Vorhersagen zu keinen Widersprüchen führen, müsse daher diejenige Theorie, welche die besten Vorhersagen trifft, beibehalten werden; Theorien mit schlechteren oder widersprüchlichen Prognosen

müsse man hingegen verwerfen (vgl. Friedman 1953, S.9). Diese Hervorhebung eines falsifikationistischen Prinzips in der Ökonomik unterstützt Friedmans These der Analogie zur Naturwissenschaft. ÖkonomInnen richten sich trotz Kritik von WissenschaftstheoretikerInnen noch heute daran.

Bezüglich der Irrelevanz der Falschheit der Annahmen verweist Friedman schließlich selbst darauf, damit eigentlich einen argumentativen Strohmann zu adressieren (vgl. Friedman 1953, S.32). Keine Wissenschaft geht ernsthaft von „foto-realistischen“ Annahmen bei ihrer Modellbildung aus. Die Analogie zum Fallgesetz hakt jedoch entschieden daran, dass es sich dabei um ein Gesetz handelt, das zwar unter verfälschenden Rahmenbedingungen erkannt wurde, aber immerhin wahr ist. Gewinn- oder nutzenmaximierendes Verhalten ist als gesetzesartige Wahrheit erheblich schwerer erkennbar.

Auch wenn es weiterhin schwierig sein wird, Naturgesetze im ökonomischen Verhalten herauszuarbeiten, gehen heute doch viele Forschungsfelder wie Evolutions-, Verhaltens- oder Neuroökonomie weiter, um Theorien zu finden, die wenigstens bessere Prognosen treffen als bisherige. Friedmans Essay selbst inspirierte zudem zu einer ökonomischen Analyse der Wissenschaftstheorie, die sich beispielsweise mit Input-Output-Effizienz von Theorien und Modellen in vielen Forschungsfeldern beschäftigt.

*Benedikt Gampfer
studiert Volkswirtschaft im Master an der WU*

Literatur

Friedman, Milton (1953): Essays in positive economics. Chicago, Ill: University of Chicago Press.

Mäki, Uskali (2009): The methodology of positive economics. Cambridge: Cambridge University Press.

Feministische Ökonomie

Antworten auf die derzeit herrschenden Wirtschaftswissenschaften?

Der Beitrag gibt einen Überblick über den Stand der feministischen Ökonomie, ihrer pluralistischen Ausprägungen und gemeinsamen Annahmen. Er ist dabei vor allem exemplarisch und konzeptiell und erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Abbildung der unterschiedlichen feministischen Arbeiten in der ökonomischen Disziplin. von **Katharina Mader** und **Jana Schultheiss**

Kritik an der herrschenden Doktrin der Wirtschaftswissenschaften und ihrer hegemonialen Stellung an Wirtschaftsfakultäten lässt sich in vielen fundamentalen Punkten üben. Die Ausblendung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, von sozialen Ungleichheiten, fundamentaler Unsicherheit sowie von Werten und Normen und die Reduktion der Wissenschaft auf statisch-mathematische Modelle sind zentrale Ansatzpunkte vielschichtiger Kritik. Zudem stößt die Unfähigkeit der herrschenden Doktrin, ökonomische Prozesse jenseits einer weltfremden Modellstruktur zu erklären, auf Widerspruch.

Ausgeblendet werden zahlreiche Aspekte, die speziell oder verstärkt Frauen betreffen. Hierzu gehören zum Beispiel formale und informelle Machtstrukturen, die Frage der unbezahlten Arbeit und die Bestimmung von Löhnen und Gehältern. Feministische Ökonomie ist daher einerseits auf die Integration von Frauen und ihren Bedürfnissen in die Wirtschaftswissenschaften ausgelegt. Andererseits geht es um ein Ausrichten der Ökonomie auf das Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen. Dies ist kein „Frauenthema“, sondern besitzt Relevanz für alle gesellschaftlichen Bereiche.

Der vorliegende Beitrag setzt an der Annahme an, dass Wirtschaft per se geschlechtslos oder geschlechtsneutral sei, wobei diese Annahme (oft) gar nicht erst explizit formuliert, sondern stillschweigend vorausgesetzt wird. Dieses Phänomen wurde als „strategisches Schweigen“ bezeichnet (vgl. Bakker 1994). Es werden in den herrschenden Wirtschaftswissenschaften nicht nur die Kategorie Geschlecht, im biologischen wie im sozialen Verständnis, sondern auch die Geschlechterverhältnisse und entsprechende Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse ausgeblendet. Ökonomische Theorien sind damit aber nicht geschlechtslos oder geschlechtsneutral, sondern beruhen im Gegenteil auf androzentrischen Wert- und Weltvorstellungen. Denn das moderne Verständnis von Wirtschaft ist geprägt von männlichen Erfahrungen und Interessen und vernachlässigt die Notwendigkeit, auch anderen Bedürfnissen Raum zu geben. Es blendet die spezifischen sozialen Erfahrungen und Lebenskontexte von Frauen oft aus. Die Konstruktion des ökonomischen Gegenstandsbereichs, die Wahrnehmung von Problemen sowie Erklärungen und Interpretationen ebendieser erfolgen aus einer männlichen Perspektive. Die androzentrische Struktur des ökonomischen Denkens bringt Modelle hervor, die „männlich“ mit „menschlich“ gleichsetzen (vgl. Ferber/Nelson 1993: 4f).

Geschlechterblinde Wirtschaftswissenschaften unterschätzen die Beiträge von Frauen zur Wirtschaft systematisch. Insbesondere wird der gesamte Bereich der unbezahlten Arbeit, der die soziale Kohäsion und die zwischenmenschliche Verantwortung wesentlich aufrechterhält, nicht sichtbar, er wird nicht als (bepreiste) Leistung in einer Volkswirtschaft wahrgenommen und erfährt (damit) keine breite ge-

ellschaftliche Schätzung und keine angemessene Beachtung innerhalb der Wirtschaft und den Wirtschaftswissenschaften.

Feministische Ökonomie – ein Definitions- und Abgrenzungsversuch

Es gibt eine große Auswahl an unterschiedlichen, pluralistischen feministischen Forschungen in der ökonomischen Disziplin: Feministinnen denken Ökonomie neu – aus verschiedenen Blickwinkeln, auf Basis unterschiedlicher ökonomischer Theorien und methodologischer und epistemologischer Ansätze. Dabei kommen feministische Ökonominen aus verschiedenen ökonomischen ebenso wie aus unterschiedlichen feministischen Schulen (vgl. Strober 1994: 144). Folglich gibt es auch nicht die eine feministische Ökonomie, nicht einen einzigen gemeinsamen Ansatz (vgl. Hoppe 2002: 11) oder eine allgemein gültige Definition.

Dennoch kann feministische Ökonomie als ein eigenständiges Forschungsfeld beschrieben werden, welches in erster Linie das Ziel hat, die nachteiligen ökonomischen Rahmenbedingungen für Frauen zu benennen und zu verstehen (vgl. Hewitson 1999: 6). Eine ihrer gemeinsamen zentralen Aufgaben ist es, die Organisiertheit des herrschenden ökonomischen Systems infrage zu stellen, zu untersuchen, wie Ökonomie die Geschlechterverhältnisse beeinflusst und wie Geschlechterverhältnisse die Ökonomie beeinflussen, um anschließend Ökonomie so zu konstruieren, dass sie die tatsächlichen Perspektiven und Lebensrealitäten von Frauen und Männern umfasst (vgl. Kuiper/Sap 1995: 4).

Historischer Abriss der feministischen Ökonomie

Zwar kann der Beginn der systematischen Entwicklung von Ansätzen der feministischen Ökonomie in den 1970er Jahren gesehen werden, jedoch reichen ihre Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurück. Bereits durch die erste Frauenbewegung wurden, neben den zentralen Forderungen des Wahlrechts und der Bildungsbeteiligung, Fragen der ökonomischen Unabhängigkeit und, damit einhergehend, der Frauenarbeit und Entlohnung thematisiert.

Während andere Disziplinen der Sozialwissenschaften in den 1980er Jahren von feministischer Wissenschaft herausgefordert und in unterschiedlichem Ausmaß transformiert wurden, bildete sich die feministische Ökonomie als ein eigenes Forschungsgebiet erst in den frühen 1990er Jahren heraus (vgl. Hewitson 1999: 5, Michalitsch/Schlager 2006: 58). Eine Institutionalisierung erfuhr die feministische Ökonomie durch die Gründung der International Association For Feminist Economics (IAFFE) 1992. Seither ist sie als Forschungsfeld stark international orientiert (vgl. Kuiper 2008: 194).

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Derzeitige Forschungsfelder der feministischen Ökonomie

Die thematischen Felder der feministischen Ökonomie sind gleichermaßen weit gestreut und reichen von der Wirtschaftsgeschichte, zur Makroökonomie, Finanzwissenschaft und Arbeitsmarktökonomie – um nur einige zu nennen. Das bislang am weitesten entwickelte Feld – was Theorie und Praxis betrifft – ist die feministische Arbeitsmarktökonomie, was vor allem mit der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen im 20. Jahrhundert zu tun hat. Dieser Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit wurde vom ökonomischen Mainstream als Anomalie (vgl. beispielsweise Becker 1981) interpretiert, was neue Erklärungsansätze geradezu provozierte. Gemeinsamer Ausgangspunkt der heutigen feministischen Ökonomie ist das Streben, die ökonomischen Analysen zu verbessern indem versucht wird, die „Bias“, die durch die Zentralität männlicher Interessen und Bedürfnisse entstanden sind, zu überwinden (Ferber/Nelson 1993: vii).

Eines der zentralen Forschungsfelder innerhalb der feministischen Ökonomie ist außerdem seit den 1960er Jahren die Untersuchung von unbezahlter Arbeit und Arbeit in Haushalten sowie in jüngster Zeit von Care-Arbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird. Ihre Beiträge zum ökonomischen Leben werden von der Mainstream-Ökonomie immer noch weitgehend ausgeblendet – unter Arbeit wird von den herrschenden Wirtschaftswissenschaften immer noch marktformige Erwerbsarbeit verstanden. Dies führt dann etwa in der Messung des ökonomischen Wohlstands dazu, dass die Hausarbeit zwar in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts einfließt, wenn sie als Dienstleistung zugekauft wird, nicht aber, wenn sie unbezahlt erbracht wird. Feministische Ökonomie zielt auf die Integration aller Care-Arbeit – auch der unbezahlten – in die ökonomische Theorie ab (vgl. Jochimsen 2003: 5).

Feministische Ökonominen arbeiten zudem auch an alternativen Forschungsstrategien (vgl. Jacobsen/Newman 1997: 127) und an alternativen Methoden. Es ist zu betonen, dass auch hier keine „fertigen“ Ergebnisse vorliegen und dass es ebenso wenig wie es eine einzige feministische Ökonomie gibt, die eine feministische ökonomische Methode oder Forschungsstrategie gibt oder geben wird.

Abschließende Bemerkungen

Den meisten feministischen Ökonominen geht es um Gesellschaftsanalysen und -kritik, aus denen sich dann häufig (auch) eine Kritik an der ökonomischen Theorie und Lehre ableitet. Damit kann feministische Ökonomie als Teil einer umfassenden Gesellschaftskritischen Ökonomie aufgefasst werden. Denn nach Becker und Schürz versucht „Gesellschaftskritische Ökonomie [...] nicht unbedingt andere theoretische Zugänge zurechtzurücken oder eine Revision der orthodoxen Ökonomie zu erreichen. Ihr Gegen-

standsbereich ist primär die Gesellschaft und erst aus der Gesellschaftskritik ist die Erkenntniskritik am Mainstream ableitbar“ (Becker/Schürz 2006:12).

Grundsätzlich handelt es sich bei der feministischen Ökonomie um einen noch jungen Forschungsbereich, sie ist noch nicht an dem Punkt, eine in sich geschlossene heterodoxe ökonomische Theorie anbieten zu können, wobei die Frage, ob dies überhaupt erstrebenswert wäre, in der Scientific Community noch nicht abschließend beantwortet wurde. Eine feministische Revolution in der ökonomischen Disziplin ist jedenfalls „far from complete“ (Ferber/Nelson 2003: viii).

Katharina Mader ist Habitationsassistentin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der WU Wien

Jana Schultheiss ist Diplom-Volkswirtin in Wien und Mitglied im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Bei diesem Text handelt es sich um Auszüge bzw. einen Teil des Artikel, der in der PROKLA (Verlag Westfälisches Dampfboot) erschienen ist: Mader, Katharina/Schultheiss, Jana (2011): Feministische Ökonomie – Antworten auf die herrschenden Wirtschaftswissenschaften? PROKLA 41 (164): 405-422.

Literatur

- Bakker, Isabella (Hg.) (1994): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy, London.
- Becker, Joachim/ Schürz, Martin (2006): Konturen einer gesellschaftskritischen Ökonomie, in: Kurswechsel 4/2006: 7-17.
- Becker, Gary (1981): A Treatise on the Family, Cambridge, MA.
- Ferber, Marianne/ Nelson, Julie (1993): Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics, Chicago.
- Ferber, Marianne/ Nelson, Julie (2003): Feminist Economics Today. Beyond Economic Man, Chicago.
- Hewitson, Gillian (1999): Feminist Economics. Interrogating the Masculinity of Rational Economic Man, Cheltenham.
- Hoppe, Hella (2002): Feministische Ökonomik. Gender in Wirtschaftstheorien und ihren Methoden, Berlin.
- Jochimsen, Maren (2003): Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science, Boston.
- Kuiper, Edith/ Sap Jolande (1995): Out of the Margin – Feminist Perspectives on Economics, New York.
- Kuiper, Edith (2008). Feminism in/and Economics, in: Davis, John/ Dolfsma, Wilfred (Hg.) The Elgar Handbook of Socio-Economics, Cheltenham: 188-206.
- Michalitsch, Gabriele/ Schlager, Christa (2006): Feministische Ökonomik in Österreich. Eine Landvermessung verzögerten Widerspruchs, in: Kurswechsel 4/2006: 55-65.
- Strober, Myra (1994): Rethinking economics through a feminist lens, in: American Economic Review 84 (2): 143-147.

From Open Source to Open Access: a quick introduction.

Along with the multiple innovations brought by the new information technologies of the late 20th century the publication and share of knowledge on the World Wide Web has never been so important before, and is currently finding a legal way to do so through Open Access and its new definition of copyright. von **Aurélien Fichet de Clairfontaine** und **Fedja Pivodic**

Over the past ten years Information Economics have introduced many information distribution innovations that are literally breaking the codes of management, hierarchical work and how things are done on the web. In our last edition (Ausgabe 9) we introduced the Open Source concept which could be summarized as a managerial way to produce efficiency and spread ideas. It is mostly about sharing projects with other interested people on the Internet without actually caring or knowing who is going to be involved, hence allowing second thoughts, corrections and new ideas to the initial work. All it takes is to leave the source code open to others.

Open Source is sometimes wrongly described as being only a software development practice that is applied solely by programmers. This view is a very limited one because this production process itself also allows increasing efficiency in other fields like product development, art and design or scientific research. Just imagine immediately sharing the results of your econometric regressions with others, expecting and allowing someone else to correct your model or data-generating process before going through the cumbersome process of academic publishing. The goal of this article is to introduce a new form of knowledge sharing that is currently on the rise thanks to the internet: it is called 'Open Access'.

A. What it is:

Open Access describes a publishing method, allowing access to thousands of articles without any cost. Research could be directly accessible on servers, university databases or even wikis, to name just a few. Open Access can either mean Open Access Publishing or Open Access Self-archiving. The first refers to making an online-article for free to everybody, e.g. in an Open Access journal – sometimes also for a small publication fee. The latter implies that the authors make the article available to everybody by uploading a copy to the Internet. Usage rights may vary according to the authors, who can allow full access and correcting possibilities or just consulting rights.

B. Signalling & Information Economics

This concept provides a better distribution of knowledge within a specific discipline, for example economics. Open Access furnishes a low cost possibility of spreading the author's work, making it practical and easy to distribute in order to attract a larger audience. On the one hand this is benefiting the research since everybody can read and analyse the author's works. On the other hand it is a cheap way for the writer to receive significant publicity (to have important public appearance) according to the quality of his paper. Therefore it represents a sort of interested altruism.

The basic concept of Open Access is built on signalling. A signalling process could be described as a way of credibly communicating

information about an agent to a principal, e.g. the qualifications of a potential employee to a potential employer.

Applied to Open Access, the benefit the writer receives lies in the signals that his work sends to other people. The probability that students or researchers will read and maybe improve the work presented in article increases with open access, and is thereby sending a stronger signal to potential colleagues and employers. The other camp could also argue that people who allow open access to their research are desperately looking for a readership and give their work away for free because they cannot sell it. This however is questionable, as some researchers at very prestigious research institutes are already making use of open access self-archiving by uploading their articles and research results to the web.

C. Open Access and the publishing business

A remarkable characteristic of the academic publishing market is its three largest publishers, Elsevier, Springer and Wiley publishing more than 40% of all academic articles (McGuigan and Russell, 2008). Anybody who has ever stumbled upon an article from a journal that he or she is not subscribed to has probably noticed the high prices of USD 30 and more that publishers ask for their articles. Most of the scientific content published is accessed through scientific institutions or their libraries, though. But looking at the costs they are facing to gain access to information crucial to their work is even more jaw-dropping. Yearly subscriptions to science journals rarely fall below USD 1,000 while some particularly precious examples, such as Elsevier's *Biochimica et Biophysica Acta*, can cost more than USD 20,000 per year.

It is no secret that the publishing business had to change dramatically in order to conform with the wide adoption of the Internet. It has done so by starting to offer its content in a digital format rather than just delivering tome after tome. This innovation provides the grounding for a number of interesting changes in publishing. For example, the costs of distributing the contents of a journal digitally are significantly lower than those of providing the traditional printed volumes.

It is also interesting to notice that academic publishers get most of the content and peer-reviewing for free and can even obtain some of the editing from others at zero cost. Therefore it should not be great surprise that academic publishers can achieve exorbitant operating profit margins - Elsevier's for instance regularly exceeds 35% (McGuigan and Russell 2008). So how come people are ready to pay these prices?

An economist would say that demand is inelastic, since the research published in journals is at the base of any further research. Furthermore the monopoly power held by the publishers is enor-

mous, because of copyright. Moreover, the publishers are requiring their customers to buy their numerous journals in packages, thus libraries are forced to buy less interesting journals if they want to gain access to the most prestigious ones. It becomes clear that academic publishers monopolize the publicly funded academic research and then charge those who produced it or are willing to contribute to it astronomical fees.

Admittedly, it needs to be stated that during paper-centered times before 1990 commercial publishers were actually much more useful and necessary for disseminating the advances in research and alleviating information problems. However, in our modern digital era scholarly communication and academic research in general has little to gain from commercial publishing, which may even impede it (Conley & Wooders 2009). An obvious way out of this unsatisfactory system could be through Open Access. This is indeed, this is a path that many have already started walking down.

3. The future of academic publishing

The number of Open Access Journals has increased rapidly over the past two decades. Since 2000, the number of Open Access articles rose by 30% every year (Laakso et al 2009). In 2008, almost 20% of the total output of articles was published with Open Access (Ibid. 2010). By 2025 the share of Open Access published articles could easily attain 60%, given the increases of the past two decades.

In the long run, the high prices of academic literature will become increasingly harder to justify as a larger share of the academic literature is available for free. Lewis (2011) therefore expects that this will lead to cancellation of subscriptions. In turn, smaller subscription volumes will force the prices to rise even higher creating an unsustainable spiral that will make many subscription journals economically unfeasible. For libraries this means a constant struggle to pay for journal subscriptions may become less severe.

Interestingly enough, several universities are on their way to adopting Open Access policies or have already done so. Princeton University's faculty are expected to allow Open Access to their articles, e.g. by uploading them to University sites. Princeton expects that this will help protect faculty members from giving away their rights when they publish articles in a journal. Simultaneously it should encourage the free provision of knowledge.

There are certainly parties that will object objections to the current developments, first and foremost traditional publishers arguing that quality will suffer and information problems will increase. However, Open Access journals have a tremendous cost advantage over traditional commercial publishers and can provide the same standards of quality (Conley & Wooders 2009). The way out of the feudal grasp of commercial publishers is to create credible Open Access alternatives.

*Aurélien Fichet de Clairfontaine und
Fedja Pivodic studieren VWL an der WU*

Literatur

- Elsevier (2011) http://www.elsevier.com/wpsfind/journaldescription.cws_home/506062/bibliographic
- Conley, Wooder (2009)
- Ruth Lewis 2011 : <http://libguides.wustl.edu/oa1>
- Laakso et al (2009) ("20% of the total output of web-article are open access article") <http://www.plosone.org/article/info:doi/10.1371/journal.pone.0020961>
- McGuigan and Russel (2008)
- Princeton 2011 <http://www.princeton.edu/main/news/archive/S32/00/81M86/index.xml?section=topstories>
- How Fast is Open Access growing ? <http://openaccess.eprints.org/index.php/archives/821-Richard-Poynder-Interview-How-Fast-Is-Open-Access-Growing.html>
- The Lairds of Learning, by George Monbiot. Published in the Guardian 30th August 2011
- Princeton adopts open access policy for scholarly publications <https://freedom-to-tinker.com/blog/appel/open-access-scholarly-publications-princeton>
- <http://theconversation.edu.au/princeton-goes-open-access-to-stop-staff-handing-all-copyright-to-journals-unless-waiver-granted-3596>
- http://en.wikipedia.org/wiki/Open_access
- http://philo.at/wiki/index.php/Gelehrsamkeit,_Bildung_und_freier_Austausch_%28tpff%29

Nein zu Profitgier in der Bildung!

Chilenische StudentInnen protestieren bereits seit mehreren Monaten unermüdlich gegen das teuerste Bildungssystem der Welt. Die politischen Hintergründe und Herausforderungen, vor denen junge ChilenInnen jetzt stehen. von **Brigitte Hochmuth**

Seit April 2011 protestieren chilenische StudentInnen gegen ein Bildungssystem, das nicht nur die Angehörigen der Unterschicht von Hochschulbildung lediglich träumen lässt, sondern auch der Mittelklasse einen schier unbezwingbaren Schuldenberg auferlegt. Zwei Jahrzehnte nach der Diktatur Pinochets, die von neoliberalen Reformen und den Ideen der Chicago Boys geprägt waren, ist zwar der Diktator verschwunden, doch das von ihm umgestaltete Bildungssystem blieb in seinen Grundformen unangetastet.

Als Salvador Allende 1970 zum ersten sozialistischen Präsidenten Chiles gewählt wurde, strebte seine Regierung weitreichende Strukturreformen an, zu denen die Verstaatlichung riesiger Kupferminen und des Bankensektors gehörte. Zu dieser Zeit verbesserte sich die Einkommensverteilung signifikant, eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage führte aber dazu, dass lediglich der „geschrumpfte Kuchen gleicher verteilt wurde“ (vgl. Ffrench Davis, 2010 S. 8f.). Die Oberschicht Chiles und die USA betrachteten diese Entwicklung mit großer Sorge. Henry Kissinger äußerte sich dazu folgendermaßen:

„I don't see why we need to stand by and watch a country go communist due to the irresponsibility of its people. The issues are much too important for the Chilean voters to be left to decide for themselves.“ (27. Juni 1970)

Am 11. September 1973 kam es schließlich mit US-amerikanischer Unterstützung zum Militärputsch des engen Vertrauten Allendes, Augusto Pinochet, der in der ersten Hälfte seiner Regierungszeit das Land nach den Vorstellungen des „Neoliberalismus in seiner reinsten und extremsten Form“ (Ffrench Davis, 2010 S. 10) umbaute. „Es war der extremste kapitalistische Umbau, der irgendwo jemals versucht worden war, und er wurde als die Revolution der Chicagoer Schule bekannt, da so viele von Pinochets Wirtschaftsexperten bei Friedman an der University of Chicago studiert hatten“ (Klein, 2007 S. 18).

Im Rahmen des Vorgangs dieses politischen Umbruchs war Chile auch Schauplatz eines radikalen Bildungsexperiments, das die Implementierung von Wettbewerbsmechanismen zwischen Bildungseinrichtungen verfolgte (vgl. Chávez, 2006 S.118). Das Resultat davon ist, dass sich der Staat zum Großteil aus der Finanzierung der Universitäten zurückgezogen hat und die finanzielle Belastung einer Hochschulausbildung hauptsächlich auf den Schultern der einzelnen Familien lastet. Nur ca. 20% der Kosten für Ausbildung trägt der chilenische Staat. Die Republik Österreich trägt zum Vergleich etwa 87% (OECD, 2009). Die meisten Universitäten Chiles agieren stur betriebswirtschaftlich und versuchen hohen Einnahmen aus Studiengebühren geringe Personal- und Ausstattungskosten gegenüberzustellen, um so möglichst viel Gewinn abzuschöpfen (Claude und Garay, 2011). Dass somit das teuerste Bildungssystem der Welt nicht zeitgleich zu den besten gehört, ist leicht zu erraten.

Ein durchschnittlicher Student bezahlt zwischen 5.000 und 6.000 Euro pro Jahr an Studiengebühren, für deren Finanzierung es zwar zinsgünstige Kredite von staatlichen Banken gibt, deren Volumen aber nicht die gesamten Kosten abdeckt, wodurch meist noch zusätzliche Kredite privater Banken hinzugenommen werden müssen. Viele StudienabbrecherInnen geraten schnell in eine Verschuldungsfalle. Wenn sie z.B. nach vier Jahren ihr Studium abbrechen, haben sie beinahe so hohe Schulden wie einE UniabsolventIn, das Jahresgehalt entspricht aber dem eines/r SchulabgängerIn.

Bereits seit April dieses Jahres sind die Universitäten von den StudentInnen besetzt: Es finden weder Vorlesungen noch Prüfungen statt, die Studiengebühren wurden aber großteils bereits zu Jahresbeginn bezahlt, weshalb die Regierung darauf hofft, dass die



StudentInnen aus Angst, noch ein Studienjahr zu verlieren, bald nachgeben werden. (Claude und Garay, 2011).

Im Moment ist die Lage angespannt und es besteht kaum Hoffnung auf schnelle Einigung mit dem aktuellen Präsidenten Sebastián Piñera, der den Straßenprotesten nur mit Polizeigewalt entgegnet. Man könnte meinen, dass für Chile als eines der am schnellsten aufstrebenden Schwellenländern eine gut ausgebildete Bevölkerung wichtiger wäre als hohe positive Bilanzen privater Universitäten. Bisher scheinen aber die Interessen jener, die mit diesem System verdienen, schwerer zu wiegen als die Stimmen verzweifelter StudentInnen.

*Brigitte Hochmuth
studiert VWL an der WU*

Literatur

- Claude, Marcel und Garay, Rafael (2011) „Lucro y Educación como Bien de Consumo“, Zugriff am 10.12.2011 unter http://www.youtube.com/watch?v=bGIC_35-Yg
- Cornejo Chávez, Rodrigo (2006) „El experimento educativo chileno 20 años después: una mirada crítica a los logros y falencias del sistema escolar“, REICE (Vol. 4/ número 001) S. 118-129
- FfrenchDavis, Ricardo (2010), „Economics Reforms in Chile, From Dictatorship to Democracy“, palgrave Macmillan, 2nd Edition, 2010 S. 5 -10
- Klein, Naomi (2007) „Die Schock-Strategie, Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt(2007)
- OECD (2009): „Education at a Glance“

Lateinamerikas Flucht aus dem Neoliberalismus

Die weltweite Unzufriedenheit mit dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell wächst, doch am Politikhimmel regt sich wenig. Vor allem, weil es den Politiker_innen an Alternativen mangelt. Dabei lohnt es sich, einen Blick auf den lateinamerikanischen Kontinent zu werfen.

von **Harald Wieser und Hannah Fietz**

Nach Jahrhunderten des „Aderlasses“ ist ein ganzer Kontinent auf der Suche nach seiner Identität. Lateinamerikas Geschichte ist geprägt von der Unterdrückung durch die Kolonialmächte, europäischen Eliten, Diktatoren und durch das neoliberale Paradigma. Während Erstere nie den Anschein machten, als wollten sie den Menschen helfen, versprach der Neoliberalismus beständigen Wohlstand für das ganze Volk. Aus heutiger Sicht war dieses Versprechen in vielerlei Hinsicht eine Lüge.

Im Unterschied zur Vergangenheit wird der Neoliberalismus aber nicht mehr von etwas Fremdem abgelöst, sondern vom Volk selbst. Damit bietet sich für Lateinamerika erstmals die Chance, die Zukunft selbst zu gestalten – nach den lateinamerikanischen Werten und Idealen. Auf einige Gestaltungsansätze, die auf dem lateinamerikanischen Kontinent heranwachsen und dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell entgegen wirken sollen, werden wir in diesem Artikel eingehen: Die intra-regionalen Integrationsprozesse, die Solidarische Ökonomie in Brasilien, „das gute Leben“ in Ecuador und die partizipative Demokratie in Venezuela. Bevor wir aber auf die jüngsten Veränderungen eingehen, gilt es zuvor zu klären, woher der Wille nach einem Umschwung in Lateinamerika kommt.

Die neoliberale Periode und ihre Folgen

Auch wenn sich der Neoliberalismus in Chile und Uruguay durch die Chicago Boys schon in den 1970er Jahren durchsetzen konnte, kann man für den gesamten Kontinent erst ab 1982 von einer neoliberalen Periode sprechen. Denn dieses Jahr läutete die Zeit der strukturellen Reformen ein, um die lateinamerikanische Schuldenkrise zu bekämpfen. Obwohl diese Krise nicht das Ergebnis der Importsubstitutionspolitik der vorangegangenen Jahrzehnte war (siehe Box), blieb Lateinamerika aufgrund der Zahlungsunfähigkeit keine andere Wahl, als die an die Hilfsmaßnahmen gebundenen Konditionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Forderungen der Gläubigerstaaten des Pariser Clubs zu akzeptieren.

Die unter dem Namen „Washington Consensus“ bekannten Maßnahmen beinhalteten u.a. die Liberalisierung des Kapital- und Güterverkehrs, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Privatisierung von Staatsbetrieben und eine strikte Haushaltspolitik. Obwohl diese Maßnahmen aufgrund der Unbeliebtheit beim Volk nur in weni-

gen Ländern von Beginn an in „vorbildlicher Weise“ umgesetzt werden konnten, setzten sie sich bis zum Ende des Jahrzehnts auf dem gesamten Kontinent durch. Und die Reformen zeigten sofort Wirkung: die bis dahin grassierende Inflation konnte binnen kürzester Zeit im Keim erstickt und damit Preisstabilität garantiert werden. Jeffrey Sachs, als Berater für die bolivische Regierung in dieser Zeit tätig, sagte dazu später: „In den ersten Monaten des Stabilitätsprogramms gab es heikle Augenblicke, und am Jahresende 1985 drohte die Weltwirtschaft zusammenzubrechen, dennoch war die Hyperinflation ein für alle Mal beendet. Drei Jahre hatte sie gedauert, und an einem einzigen Tag war der Spuk vorbei“ (Sachs 2007: 125). Durch diesen unmittelbaren Erfolg gewannen die Reformen an Glaubwürdigkeit, womit die Unbeliebtheit beim Volk langsam schwand. Zudem sorgten sinkende Nahrungsmittelpreise durch die gefallen Zollschränken und die repressive Vorgehensweise der Regierungen für geringeren Widerstand bei der Bevölkerung. Damit konnten auch die voranschreitenden Demokratisierungsprozesse jener Zeit die Reformen nicht gefährden.

Die langfristigen Schäden, die aus dieser „Schocktherapie“ resultierten, waren zu Beginn der Reformen nur wenigen bewusst, die Euphorie über die Bändigung der Inflation überwiegte. Aber schon bald konnten auch die eifrigsten Verfechter des Neoliberalismus die verheerenden Folgen auf das Gesellschaftsleben und die Umwelt nicht bestreiten.

Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, der Abbau von Sozialleistungen und die Liberalisierung der Preise führten zu einer extremen sozialen Polarisierung. Der Anteil der GroßunternehmerInnen an den Erwerbspersonen nahm stark zu, während die ArbeitnehmerInnenquote im ländlichen Bereich auf einen historischen Tiefpunkt rutschte und die Reallöhne zwischen 1982 und

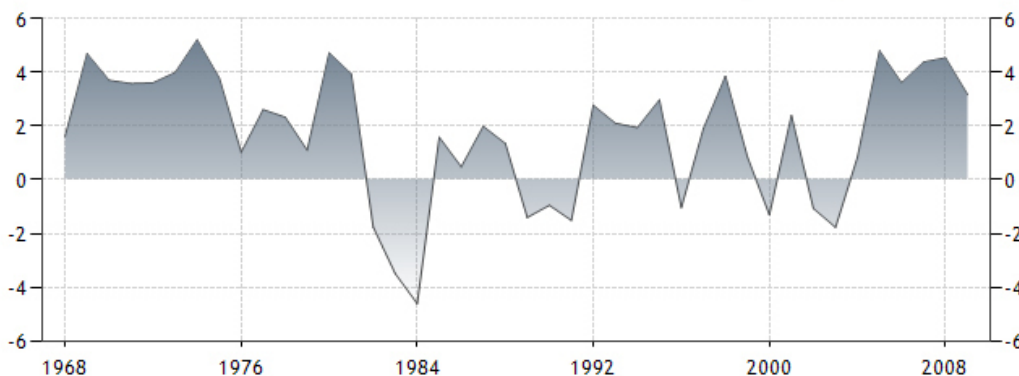
1996 um mehr als ein Drittel gesunken sind (IDB 1997: 37). Heute gehören die lateinamerikanischen Länder zu den am ungleichsten verteilten der Welt. Auch Venezuela, als gerechtestes Land Lateinamerikas, kommt nicht über den 84. Rang hinaus (siehe Abb.1) Zusammen genommen ergeben sie den Kontinent mit der größten Ungleichverteilung der Welt – trotz der großen Fortschritte in der Armutsbekämpfung in den vergangenen zehn Jahren. Die Armut stieg von 24% im Jahr 1981 auf 34% in der Mitte der 90er Jahre und die extreme Armut in derselben Periode um mehr als die Hälfte auf 16% (IDB 1997: 17).

Ausmaß der Ungleichverteilung

Gini-Koeffizient ausgewählter Länder



LATIN AMERICA AND CARIBBEAN - GDP PER CAPITA GROWTH (ANNUAL %)



Quelle: tadingeconomics.com

Die intra-regionalen Integrationsprozesse

Die beschriebenen Folgen der neoliberalen Reformen machten die von den USA stark beeinflussten Organisationen IWF und Weltbank zu den Feindbildern eines gesamten Kontinents. Der venezuelanische Präsident Chávez verkündete 2007 den Austritt aus den beiden Organisationen mit den Worten: „Der Internationale Währungsfonds und die Welt-

bank sind ein Instrument des amerikanischen Imperialismus, um den Völkern eine wilde und ausbeutende Sozial- und Wirtschaftspolitik aufzuzwingen“ (Mayer 2007).

Schon gegen Ende der 1980er Jahre wurden Stimmen laut, die forderten, sich dem westlichen Einfluss zu entziehen und eigene Wege zu gehen. Die bereits seit 1969 bestehende Andengemeinschaft der Gründungsstaaten Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru hatte zwar ein gemeinsames Parlament und einen PräsidentInnenrat, enttäuschte aber, da die ehrgeizigen Ziele einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und eines gemeinsamen Binnenmarktes nur teilweise realisiert werden konnten. Aufgrund der langsamen Integration der

Andengemeinschaft geriet sie etwas ins Hintertreffen und wird von ähnlichen Integrationsprozessen in den Nachbarländern in den Schatten gestellt.

Allmählich wurde die Solidarität der Menschen durch das Konkurrenzdenken ersetzt. Der Neoliberalismus versagte aber auch beim Wirtschaftswachstum, wie Abbildung 2 veranschaulicht. Während der gesamten Periode konnte kein so hohes Wachstum erzielt werden wie in den Perioden zuvor und danach. Die anwachsende Armut, der Drogenhandel und die Korruption führten zu einer Zunahme der Gewalt und zu einem florierenden informellen Sektor, der heute mehr als die Hälfte aller Beschäftigten Lateinamerikas abdeckt (ILO 2009: 27). Nicht zuletzt sind die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Umwelt verheerend. Nach wie vor basiert ein erheblicher Teil der lateinamerikanischen Produktion auf der Ausbeutung der Natur in der Form von massivem Ressourcenabbau, der Abholzung der Regenwälder und der Herstellung von Biomasse.

„Insgesamt sind selbst die Herolde der neoliberalen Botschaft über die Ergebnisse der so genannten Reformen nicht begeistert.“ (Boris 2009: 81)

Seit der Jahrtausendwende kann ein deutlicher Linksruck auf dem lateinamerikanischen Kontinent beobachtet werden. Dabei fällt auf, dass insbesondere in den Ländern mit einem hohen Anteil an indigener Bevölkerung sich eine politische Wende ereignete. In Bolivien wurde mit Evo Morales sogar der erste Indígena Präsident der Geschichte gewählt. Umso bedeutender ist dieser Prozess, da die Wende auf demokratischem Weg gelungen ist und damit einen nachhaltigeren Einfluss auf die Entwicklung Lateinamerikas haben kann. Die neuen Regierungen forcierten bereits diverse Programme um erstens mit der Vergangenheit aufzuräumen und zweitens Ansätze für eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln. Die intra-regionalen Integrationsprozesse, die Solidarische Ökonomie, „das gute Leben“ und die partizipative Demokratie sind nur einige solcher Ansätze und sollen im Folgenden diskutiert werden.

Die lateinamerikanische Schuldenkrise

Die Krise wurde hauptsächlich durch zwei Mechanismen ausgelöst:

1. Aufgrund der sehr niedrigen (zeitweise negativen) Realzinsen und der starken Inlandswährungen in den 1970er Jahren liehen die Privaten und Staaten vermehrt Geld aus dem Ausland. Als der amerikanischen Notenbankchef Paul Volcker 1981 die Zinsen aufgrund der Inflationsgefahr auf über 20% ansteigen ließ („Volcker-Schock“), erhöhten sich die Schulden Lateinamerikas massiv. Damit die Privaten nicht Bankrott gingen, mussten die Staaten ihre Schulden übernehmen, wodurch die Schulden weiter anstiegen.

2. Die Exporte, die hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen bestanden, litten stark unter den sich verschlechternden Terms-of-Trade und der Substitution durch asiatische Produkte. Die sich daraus ergebenden Einbußen mussten mit Schulden kompensiert werden.

„Heute befindet sich der einstige Hinterhof der USA im Aufbruch zu eigenen und unabhängigen Organisationen“ (Lemoine 2010: 40).

Unter anderem von dem im Jahr 1991 gegründeten Mercosur (Gemeinsamer Markt des Südens), der eine

intra-regionale Kooperation zwischen Brasilien und Argentinien darstellt, der sich bis heute Paraguay, Uruguay und Venezuela angeschlossen haben. Der Mercosur beinhaltet einen weit größeren

Markt als die Andengemeinschaft und verfolgt u.a. das Ziel einer auf sozialer Gerechtigkeit beruhenden wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten, der Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Koordination der makroökonomischen Politiken (Mercosur 1991: 3).

Aus Angst, den Einfluss auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu verlieren, reagierte George H.W. Bush prompt auf den Mercosur und schlug die Gründung der amerikanischen Freihandelszone (ALCA) vor. Nach intensiven Verhandlungen zu Beginn geriet das Vorhaben jedoch schnell ins Stocken. Bush stieß im eigenen Land auf harten Widerstand der Agrarlobby und auf harsche Kritik Hugo Chávez', der mit der nicht zufällig so benannten ALBA (Bolivarianische Allianz für Amerika) eine Alternative zur US-dominierten ALCA bot. Der 2004 von Venezuela und Kuba gegründeten Organisation traten mehrere links gerichtete Staaten, darunter Bolivien, Nicaragua, Honduras und einige karibische Länder bei. Hauptziel der ALBA ist es, mehr Unabhängigkeit von den USA und der EU zu erlangen und den solidarischen Handel unter den Mitgliedern zu forcieren. Das soll anhand verschiedenster Kooperationsabkommen und einer energiepolitischen Allianz erreicht werden. Dazu gehört u.a. die Möglichkeit, das ohnehin vergünstigte venezuelanische Öl gegen Naturalien zu tauschen. Des weiteren beschlossen die Mitgliedsstaaten im Zuge der Finanzkrise 2008 die Einführung einer eigenen Währung – des SUCRE – die seit 2010 als Buchwährung existiert. Damit soll die Abhängigkeit zum Dollar verringert werden. Die ALBA hat bisher auf der Weltbühne politisch etwas an Bedeutung gewonnen und konnte schon einige Achtungserfolge erzielen.

Dennoch gehört die Aufmerksamkeit der Stunde der 2008 gegründeten UNASUR (Union Südamerikanischer Staaten). Sie beinhaltet alle Staaten der Andengemeinschaft und des Mercosurs sowie Chile, Guyana und Suriname. Damit ist sie die größte regionale Kooperation Lateinamerikas und hat auch die ehrgeizigsten Ziele: bis 2025 soll eine mit der Europäischen Union vergleichbare Integration erreicht werden, mit einer gemeinsamen Währung und Parlament. Ähnlich wie schon die Andengemeinschaft strebt sie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und einen freien Kapital- und Güterverkehr innerhalb der UNASUR an. Das Potenzial der UNASUR ist sogar größer als jenes der EU, denn die lateinamerikanischen Länder sind relativ homogen und der Kontinent wird von nur zwei Sprachen dominiert, wodurch Arbeitskräfte viel mobiler und die Wirtschaften schockresistenter als in der EU sein könnten. Schon jetzt zeigen die Integrationsmaßnahmen Wirkung, insofern dass immer mehr LateinamerikanerInnen eine Migration innerhalb der Region einer Auswanderung in die USA vorziehen (Cave 2012). Doch trotz dieses enormen Potenzials kann angesichts der mangelnden Bereitschaft der Länder bei den vorangegangenen Integrationsprozessen, Kompetenzen an supranationale Organisationen abzutreten, nicht von einer schleunigen Integration ausgegangen werden.

Seit 2007 existiert mit der „Bank des Südens“ auch eine reale Alternative zur Weltbank, die mit einem Gründungskapital von 20 Milliarden US-Dollar ausgestattet worden ist. Sie soll damit die kleineren und mittleren Unternehmen finanzieren und nationale Infrastrukturprojekte unterstützen. Auch wenn manche Staaten deutlich mehr zum Gründungskapital beitragen, so hat jedes Land das gleiche Stimmrecht, womit eine Vormachtstellungen einzelner Staaten, wie es beim IWF und der Weltbank der Fall ist, vermieden wird.



Economía Solidaria

Brasilien und die Solidarische Ökonomie

Mit der Liberalisierung der Märkte in den 1980er und 90er Jahren wurden die brasilianischen Klein- und Mittelbetriebe hart getroffen. Der Abbau der Schutzzölle und die liberalisierten Preise ließen unzählige Betriebe in Konkurs gehen und das ausländische Kapital konzentrierte sich nur noch auf die brasilianische Exportindustrie. In dieser Zeit begannen viele ArbeiterInnen solidarisch ihre Betriebe aufzukaufen und zu sanieren, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Im Unterschied zur bisherigen Verwaltung wurden die Betriebe nun aber demokratisch organisiert. Die Unternehmen sollten nicht mehr rein wirtschaftliche Ziele verfolgen, sondern vor allem soziale Konstrukte der Zusammenarbeit und der Solidarität darstellen. Dadurch gingen die Tätigkeiten weit über die traditionelle Produktion hinaus: spezielle Fonds zur Unterstützung der Familien wurden eingerichtet und die Entwicklung der Unternehmenswelt gefördert.

Der Präsident der ArbeiterInnenpartei „Lula“ da Silva gründete 2003 das nationale Sekretariat für die Solidarökonomie unter der Leitung Paul Singers, das die solidarökonomische Bewegung gegenüber dem Staat repräsentiert und die Aufgabe hat, die Kooperativen im Land zu unterstützen. Mithilfe der sogenannten „Entwicklungs-AgentInnen“, wozu demokratische Banken, öffentliche Institutionen, Gewerkschaften, NGOs, kirchliche Einrichtungen, soziale Bewegungen und Universitäten zählen, wird die Solidarische Ökonomie ausgeweitet. „Die anfängliche Aufgabe der AgentInnen ist es, dem Teil der Gemeinschaft, der am bewusstesten und unzufriedensten mit der Situation ist, das Bewusstsein zu vermitteln, dass die Entwicklung auf der Grundlage einer gemeinsamen Anstrengung der Gemeinschaft, unterstützt durch Kredit und mit einer systematischen Begleitung, möglich ist“ (Singer 2005: 114). Die ArbeiterInnen werden somit bei der Unternehmensgründung von Beginn an unterstützt und bekommen alle notwendigen Informationen von den „AgentInnen“ bereitgestellt. „Die Solidarische Ökonomie ist vielfältig, aber an gemeinsamen Werten ausgerichtet“ (Müller-Plantenberg 2010: 303). Eingebettet in diese neue Form des Wirtschaftens sind Prinzipien wie Demokratie, Emanzipation, Wertschätzung der Natur und Kultur, soziale Gerechtigkeit und permanente Weiterbildung. Kooperation und Selbstverwaltung gelten als die dynamisierenden Faktoren, nicht mehr Konkurrenz und Gewinnstreben. Dahinter steckt dieses Mal keine Idee der Intellektuellen, sondern eine Bewegung von unten.

Neben den solidarischen Beziehungen beim Gründungsprozess begannen die Unternehmen sich solidarisch zu vernetzen. Das Netzwerk breitete sich durch die Unterstützung der Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen rasch aus. Heute werden allein in Brasilien mehr als 20.000 Unternehmen mit über zwei Millionen Beschäftigten zur Solidarischen Ökonomie gezählt. Längst reichen die Netzwerke über die nationalen Grenzen hinaus (Felber 2010: 124). In Ecuador wurde die Solidarökonomie bereits in die Verfassung aufgenommen und in Venezuela spielt sie eine herausragende Rolle bei der Errichtung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Sumak Kawsay („Das Gute Leben“) in Ecuador

Im Jahr 2008 führte Ecuador eine revolutionäre Verfassung ein. Als erstes Land der Welt sprach es der Natur verbindliche Rechte zu und integrierte grundlegende Überzeugungen der indigenen Kultur wie die Idee des „guten Lebens“. Um das zu verwirklichen, war mehr als nur eine Anpassung des (neo-)liberalen Modells nötig: Anstelle der sozialen Marktwirtschaft wurde ein soziales und solidarisches Modell eingeführt, das den Mensch in den Mittelpunkt stellt und vor allem der indigenen Bevölkerung mehr Rechte einräumt. Zur Wahrung der Transparenz und Kontrolle der Staatstätigkeiten wurden BürgerInnenräte als sogenannte „vierte Gewalt“ eingesetzt.

Die Einbettung der indigenen Kultur in die modernen Verfassungen bedeutet einen großen Umbruch in der Geschichte der politischen

Ökonomie Lateinamerikas. Das historische Erbe des Kolonialismus ließ den Traditionen der indigenen Bevölkerung auch nach der Entlassung der Staaten in die Unabhängigkeit wenig Raum. Ihre Lebensphilosophie fand lange Zeit keine Berücksichtigung in den nationalen Gesetzen, unter anderem, weil sie sich kaum in ein quantifizierbares Korsett aus eindeutigen Regeln und Gesetzen zwängen lässt. Die hohe Stellung der Natur, der Toleranz und des Kollektivgedankens passten nicht in das westlich-geprägte Bild einer wohlstandsgenerierenden Nation.

Das „Gute Leben“ ist ein holistisches Konzept und nimmt keine strenge Trennung zwischen Politik, Kultur und Ökonomie vor: „Die Kultur ist Politik und die Politik ist Kultur“ (Gabriel 2005: 74). Im Gegensatz zu der anthropozentrischen Auffassung der westlichen Nationen verfolgt das *sumak kawsay* einen anderen Weg und besinnt sich auf die Grundlage allen Lebens: die Natur. Die indigene Identität ist untrennbar mit Territorien verknüpft, Ressourcen gelten als vorrangiges Instrument für politische und ökonomische Modelle. Rücksichtnahme auf die Natur erfolgt jedoch nicht nur aufgrund reinen Nutzenkalküls, sondern vielmehr aufgrund der engen Bindung zu „*pachamama*“, der Mutter Erde. Respekt vor der Natur ist einer der Eckpfeiler des *sumak kawsay*. Der Mensch agiert als Teil der Natur, nicht als BeherrscherIn und bloße/r NutznießerIn.

Galten Gewinnstreben und Produktionsausweitung in der neoliberalen Phase als das Nonplusultra, verfolgen indigene Ökonomien in erster Linie das Ziel der Ernährungssicherheit und bauen auf einer kulturell regulierten Nutzung der natürlichen Ressourcen auf. Landwirtschaft spielt dabei eine große Rolle und verzichtet im Sinne der Natürlichkeit auf künstliche Maßnahmen wie zum Beispiel Monokulturen und Düngung (Gabriel 2005: 158).

Die Verknüpfung von Traditionen mit den Anforderungen der Globalisierung und des steigenden Konsums stellt eine der größten Herausforderungen an das neue System Ecuadors dar. Eine Erweiterung um authentische Elemente zur Anbindung an das globale Wirtschaftssystem erscheint unabdinglich. Durch eine durchdachte Implementierung der „Errungenschaften“ der westlichen Welt und die behutsame Nutzung von deren Vorteilen wäre unter Umständen eine Optimierung des Konzepts möglich. Nur so kann daraus „eine Welt werden, in der viele Welten Platz haben“ (Gabriel 2005: 81)

Venezuela und die partizipative Demokratie

Seit der Wahl Hugo Chávez' zum Staatspräsidenten Venezuelas vor 13 Jahren hat sich das Demokratieverständnis im Land stark verändert. Aufbauend auf den Prinzipien der direkten und partizipativen Demokratie ist Venezuela im Begriff den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu errichten. Die Idee dahinter kommt ursprünglich von Alexander V. Buzgalin und wurde später von Heinz Dieterich weiterentwickelt. Neben der Einführung einer partizipativen Demokratie basiert das Modell auf der auf Marx zurückgehenden Äquivalenzökonomie, wonach der Marktwert von Waren durch den Wert der in ihnen enthaltenen Arbeit ersetzt werden soll.

Ein Jahr nach den Amtsantritt Chávez' wurden zwei Referenden durchgeführt. Zum einen über die Errichtung einer verfassungsgebenden Versammlung und zum anderen über den Übergang zu einer „sozialen und partizipativen Demokratie“. Von den rund 37% Wahlberechtigten stimmten über 80% in beiden Fällen dafür, womit der Weg für das bolivarianische Projekt geebnet wurde (Cwik 2010: 243). Aber durch massiven Widerstand der Opposition in den Anfangsjahren schritt die Implementierung nur langsam voran. Erst ab 2004, als Chávez aus den Wahlen gestärkt hervorging, gewann das Projekt wieder an Fahrt.

Schon zwei Jahre später wurden im ganzen Land Kommunalräte gegründet, die lokale und regionale Entscheidungen innerhalb der von der Regierung und Nationalversammlung definierten Grenzen selbst treffen sollen. Dadurch ist es möglich auch die Ärmsten in der Bevölkerung in das politische Geschehen miteinzubeziehen. Die Kommunalräte bestehen aus einem Vorstand, einem von der Bürgerversammlung

gewählten Sozialausschuss und einem Finanzausschuss. Der Vorstand bildet Arbeitskomitees, die für Bereiche wie Gesundheit, Umwelt und Kultur zuständig sind. Die Hauptaufgabe des Sozialausschusses ist die Unterstützung von sozialen Projekten. Dafür wird er von Kommunalbanken finanziert, deren Mitglieder ebenfalls vom Volk gewählt werden. Die Kommunalräte erhalten von Staaten fixe Zuschüsse und können die Finanzierung von weiteren Projekten beantragen. Auf diese Weise konnten im sozialen Bereich spürbare Fortschritte verzeichnet werden: Millionen Menschen erhielten erstmals Zugang zum Gesundheitssystem und lernten lesen und schreiben.

Abgesehen von den Kommunalräten werden jährlich mehrere Referenden abgehalten, wo beispielsweise über die Verkürzung der regulären Arbeitszeit, die Verstaatlichung von Infrastruktur oder das Verbot von Großgrundbesitz abgestimmt worden ist. Nachdem sich Chávez den Weg für eine dritte Amtsperiode durch ein Referendum geebnet hat, ist wohl davon auszugehen, dass der Chavismus in den kommenden Jahren ausgebaut wird.

Ob die alternativen Ansätze sich langfristig durchsetzen oder mit dem kapitalistischen System koexistieren können, hängt in erster Linie von der politischen und wirtschaftlichen Stabilität ab. Angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus und der starken Abhängigkeit Lateinamerikas von der Weltwirtschaft mit ihren fluktuierenden Rohstoffpreisen ist die dringend notwendige Stabilität eher unwahrscheinlich. Andererseits könnten aber genau diese lateinamerikanischen Alternativen eine Antwort auf die Unstabilität der Weltwirtschaft geben.

Harald Wieser

studiert VWL im Bachelor an der WU
und an der Uni Wien

Hannah Fietz

studiert VWL im Bachelor an der WU
und Internationale Entwicklung an der Uni Wien

Literatur

- Boris, Dieter (2009): Lateinamerikas politische Ökonomie: Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten aus dem 21. Jahrhundert?, 2. Auflage, VSA Verlag, Hamburg
- Cave, Damien (2012): Migrants' New Paths Reshaping Latin America, New York Times, 06.01.2012
- Cwik, Christian (2010): Venezuela: partizipative und direkte Demokratie; in Lateinamerikas Demokratien im Umbruch, Mandelbaum-Verlag, Wien
- Gabriel, Leo (2005): Politik der Eigenständigkeit – Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie, Mandelbaum-Verlag, Wien
- Felber, Christian (2010): Die Gemeinwohl-Ökonomie – das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Paul Zsolnay Verlag, Wien
- International Labour Organization (ILO) und World Trade Organization (WTO) (2009): Globalization and Informal Jobs in Developing Countries, Genf http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_115087.pdf
- Inter-American Development Bank (1997): Latin America after a decade of reforms. 1997 Report, Washington, D.C. <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=35129849>
- Lemoine, Maurice (2010): Lateinamerika entzieht sich den USA; in Atlas der Globalisierung, Le Monde diplomatique, Berlin
- Mayer, Manuel (2007): Angekündigte Scheidung, <http://www.zeit.de/online/2007/19/hugo-chavez/seite-1>, 09.01.2012
- Mercosur (1991): Tratado de Asunción para la Constitución de un Mercado Común, http://www.mercosur.int/innovaportal/file/719/1/CMC_1991_TRATADO_ES_Asuncion.pdf, 09.01.2012
- Müller-Plantenberg, Clarita (2010): Was heißt die Wirtschaft demokratisieren? Vom Neoliberalismus zur Solidarwirtschaft; in Lateinamerikas Demokratien im Umbruch, Mandelbaum-Verlag, Wien
- Sachs, Jeffrey (2007): Das Ende der Armut – Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt, Pantheon-Verlag, Pößneck
- Singer, Paul (2005): Ist es möglich, armen Gemeinschaften Entwicklung zu bringen?; in Solidarische Ökonomie in Brasilien und Deutschland – Wege zur konkreten Utopie, Kassel University Press

Vom gar nicht so bösen Kapitalismus

Kapitalismuskritik liegt im Trend. Der Mainstream scheint sich einig zu sein: die Profitgier bringt uns alle um. Was liegt da näher, als gleich die ganze Marktwirtschaft abzuschaffen? Wieso das der falsche Weg ist und die Lösung unserer Probleme im Kopf beginnen muss.

Ein Kommentar von **Andreas Sator**

So viel Aufmerksamkeit ist er gar nicht gewohnt, der Kapitalismus. Kritik an ihm ist zur Mode geworden. Jahre konnte er in Ruhe seinen Dienst an der Menschheit leisten, viele von uns hat er reich gemacht. Den Menschen zu Beginn wie eine Maschine behandelt, auf die Umwelt einen Dreck gegeben, über die Jahrhunderte hat sich das geändert. In den reichen Ländern müssen wir heute viel weniger arbeiten als früher und auch auf die Umwelt wird Acht gegeben. Die Probleme sind über die Jahre jedoch nicht weniger geworden. Was früher in die Flüsse geleitet wurde, landet heute in der Luft. Die neue Problematik nennt sich Klima und der Kapitalismus sträubt sich noch, auch hier nachzugeben. Die Erderwärmung ist in den reichen Ländern die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Ob wir auch sie im Kapitalismus lösen können, wird sich zeigen. Nichtsdestotrotz steht eines fest: Am falschen System liegen unsere Probleme nicht.

Das Gegenteil von gut ist gut gemeint

Es wirkt zugegeben nicht besonders edel, etwas nur des Geldes wegen zu tun. Doch was ist wichtiger: Absicht oder Konsequenz einer Handlung? Adam Smith, der Begründer der politischen Ökonomie, hat das Ende des 18. Jahrhunderts in etwa so ausgedrückt: Der/die BäckerIn steht nicht jeden Morgen aus Nächstenliebe so früh auf, sondern weil er/sie mit seinem/ihrer Brot und Semmeln Geld verdienen möchte. Dass gute Absichten alleine oft zu wenig sind, beweisen zahlreiche Beispiele aus der Gegenwart. So hat die deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ Anfang November einen Artikel abgedruckt, in dem der von Kleiderspenden aus Deutschland verursachte Schaden in armen Ländern beleuchtet wird (Höft 2011). Diese werden dort nämlich zu einem nicht unwesentlichen Teil billig verkauft. Die heimische Kleidungsindustrie kann mit solchen Preisen nicht mithalten. Die großzügigen/gebefreudigen Deutschen zerstören trotz guter Absichten also die lokale Wirtschaft, Arbeitsplätze inklusive. Ob es da nicht klüger wäre, eher die Produktion im Land selbst zu fördern?

Der Markt ist kein Wunderwuzzi, wie uns manch Neoliberale/r weismachen will. Purer Egoismus führt nicht automatisch zu einem wünschenswerten Ergebnis: viele Unternehmen nutzen jede Möglichkeit um einen Cent mehr Gewinn zu machen. „Wo Geld klingelt, da herrscht die Hure“, hat Nietzsche das einmal drastisch ausgedrückt. Wenn man sich ansieht, wie mancher Konzern im Alltag agiert, dann hat der deutsche Philosoph vielleicht gar nicht so unrecht: Kartelle werden gebildet, KonsumentInnen bewusst fehlinformiert oder Che-

mikalien in den Flüssen entsorgt. Doch diese Suppe kochen nicht nur die Firmen, auch die KonsumentInnen würzen kräftig nach. Um jeden Groschen wird gefeiert – der Erfolg der Discounter spricht für sich. Wir halten also fest: sowohl in den Unternehmen als auch im Supermarkt sind Menschen am Werk. Menschen, die für einen Zehn-Prozent-Gutschein auf das Haarshampoo ihrer Wahl jedes Hundebaby ertränken würden. Ob daran das System schuld ist? Wohl kaum.

Jeder gegen jede

Im Kapitalismus gilt „Mitgefühl als Willensschwäche“ hat Gabor Steingart, der Chefredakteur des deutschen Handelsblatt heuer geschrieben (Steingart 2011). Jede/r gegen jede/n und der/die Beste gewinnt. Das war nicht immer so. Der Mensch im Mittelalter würde über den Leistungsdrang der heutigen Gesellschaft wohl nur den Kopf schütteln. Im Laufe der Zeit hat er sich aus seinen feudalen Fesseln befreit; seit Mitte des 19. Jahrhunderts kann er in Österreich mehr oder weniger der Beschäftigung nachgehen, nach der ihm ist. Dabei führt der auf den ersten Blick harte Konkurrenzkampf im Wirtschaftsleben doch vor allem zu einem: Kooperation. Wir produzieren für den vielgescholtenen anonymen Markt. Der ist für romantisierende Autarkiefans in etwa das, was Kryptonit für Superman ist. Zu unrecht. Der Markt sorgt dafür, dass wir herstellen, was die Mitmenschen brauchen, und folglich kaufen wollen. Global gewährleistet der Kapitalismus also vor allem eines: den Frieden. Denn wer schießt schon gerne seiner/m HandelspartnerIn den Kopf weg?

Unsere Gesellschaft wird heute gerne Leistungsgesellschaft genannt. Wer etwas leistet, steht ganz oben in der Liste der kollektiven Wertschätzung, und über das Ranking entscheidet – so propagiert es zumindest manch politische Strömung – der Markt. Wer viel verdient, leistet viel für uns alle. Wer sein bzw. ihr Geld nicht vom Markt bezieht, hat in diesen Augen schon verloren. Beamte oder – noch viel schlimmer – BezieherInnen von Sozialhilfe? Der/m MarktfetischistIn kommt das Grausen. Dabei spricht nichts gegen eine Gesellschaft, in der man es durch Leistung nach oben schafft, Chancengleichheit vom Start weg vorausgesetzt. Wer nicht mitspielen möchte, muss das nicht. Niemand wird gezwungen, materielle Werte hochzuschätzen. Die neueste Kleidung, das coolste Auto, der größte Fernseher – wer darauf verzichten kann, braucht nicht sein/ihr ganzes Leben in der Fabrik verbringen. Suchst du nach Akzeptanz in einer materialistischen Welt, musst du dich nach ihren Werten richten. Wer an der

Leistungsgesellschaft verzweifelt, und das machen mehr als ein paar Hippies, kann von seinen/ihren Mitmenschen aber kaum verlangen, dass diese ihren Wertekanon den fremden Befindlichkeiten anpassen. Wer im Leistungsmilieu Akzeptanz möchte, muss auch „leisten“. Ist so, hilft nichts.

Löcher, wir brauchen mehr Löcher

Solange im Ausmaß von heute konsumiert wird, braucht es auch die Effizienzmaschine Kapitalismus. Im dritten Quartal 2011 hat die EU ein Leistungsbilanzdefizit von über 17 Milliarden Euro fabriziert (Anonymous 2011). Wir kaufen deutlich mehr aus dem Ausland ein, als wir dorthin verkaufen. Von Genügsamkeit kann also keine Rede sein. Die Wirtschaft als Selbstzweck (Löcher graben des Löcher Grabens Willen)? Es sieht noch nicht danach aus. Der/die durchschnittliche Deutsche besitzt über 10.000 Dinge (Uchatius 2011) und die muss ihr/m erst einmal jemand herstellen.

Marktwirtschaft? Von wegen

Die Marktwirtschaft, die nicht nur den Deutschen ihren Materialismus ermöglicht, baut auf Verantwortung auf. Wer Geld investiert und damit Risiko eingeht, muss dieses auch selber tragen. Dieses Prinzip wurde vor allem im Finanzsektor ausgehebelt – der Fehlregulierung sei Dank, die Finanzkrise lässt grüßen. Und auch Aktiengesellschaften sind so etwas wie die institutionalisierte Form der Verantwortungslosigkeit. Das Management haftet zu wenig selbst, die BesitzerInnen in Gestalt der AktionärInnen sind schneller wieder weg als das Unternehmen „öko“ sagen kann.

Doch es gibt da nicht nur die Sache mit der Verantwortung. Marktwirtschaft heißt auch Wettbewerb. Der Wettbewerb der besten Ideen schafft Wohlstand und Fortschritt, zumindest in der Theorie. Heute neigen Großkonzerne dazu, den Wettbewerb systematisch auszuschalten. Die Konzerne werden viel zu groß, den legislativ verantwortlichen PolitikerInnen werden die Augen mit Dollarscheinen verbunden.

Des Rätsels Lösung

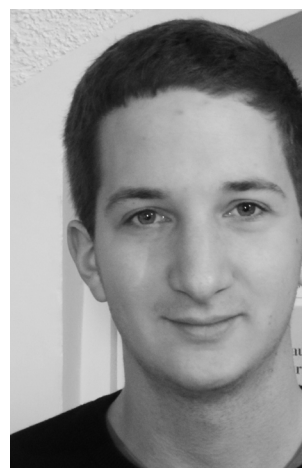
Es gibt also berechtigte Kritik, sowohl an Marktwirtschaft als auch an Kapitalismus. Erstere kümmert sich nur um Menschen mit Geld. Nur wer für etwas bezahlen kann, die/der kriegt es auch. Deshalb

ist es wichtig, ein Versicherungssystem wie den Sozialstaat zu haben. Der Kapitalismus neigt dazu, auf alle Felder des Lebens überzugreifen. Er entwickelt seine eigene Logik. Das Kapital kontrolliert zunehmend wichtige Bereiche wie Demokratie oder Journalismus; sorgt man nicht für ein gewisses Maß an struktureller Gleichheit in einer Gesellschaft, pervertieren die Machtverhältnisse.

Doch beide Systeme, Marktwirtschaft und Kapitalismus, können funktionieren, wenn die in ihnen wirkenden AkteurInnen gemeinsame Werte teilen, moralische Grenzen achten und ihr eigenes Handeln reflektieren. Wenn Solidarität abseits von romantisierten Wirtschaftssystemen herrscht, Schwachen geholfen wird und eine starke Zivilgesellschaft dem Kapital die Grenzen aufzeigt. Der Kapitalismus ist nicht so böse wie er gerne dargestellt wird. Eine Leistungsgesellschaft ist zumindest besser als eine Ständegesellschaft, auch wenn die heutige Welt der letzteren manchmal noch zu sehr ähnelt. Die Marktwirtschaft hat in der Vergangenheit eindrucksvoll bewiesen, was sie zu leisten vermag und dennoch steckt in ihr noch unglaubliches Potenzial.

Was wir brauchen, ist kein neues System. Wir müssen die Moral zurückgewinnen, den Groschen liegen lassen und das Hundebaby retten.

Andreas Sator studiert VWL an der WU



Literatur

- Anonymous (2011): EU-Leistungsbilanzdefizit geht zurück. 9.12.2011 <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/EU-Leistungsbilanzdefizit-geht-zurueck-1512823> [Zugriff 9.12.2011]
- Höft, Michael (2011): Das Kilo für 1,20 Dollar. 4.11.2011. <http://www.zeit.de/2011/45/NDR-Reportage-Altkleider-Luege> [Zugriff: 6.12.2011]
- Steingart, Gabor (2011): Angriff auf die Marktwirtschaft. 8.11.2011. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/angriff-auf-die-marktwirtschaft/5808584.html?p5808584> [Zugriff 6.12.2011]
- Uchatius, Wolfgang (2011): Systemkritik: Kapitalismus in der Reichtumsfalle. 14.11.2011. <http://www.zeit.de/2011/46/Kapitalismus/seite-1> [Zugriff 5.12.2011]

Chronik zur Causa Hörmann

Am 2. Februar 2012 wurde der WU-Professor Franz Hörmann vorläufig suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, da er sich uneindeutig gegenüber dem Holocaust positioniert hatte. Ausgelöst wurden diese Entwicklungen nicht zuletzt durch zwei Interviews, die drei Standpunkte-RedakteurInnen mit Hörmann führten. In der folgenden Chronik soll beleuchtet werden, wie es zu diesen Gesprächen kam und welches Echo diese in den Medien auslösten. Außerdem werden hier erstmals Auszüge aus dem bisher unveröffentlichten Protokoll des zweiten Interviews abgedruckt. von **Stefanie Gerold, Matthias Nocker und Susanne Reither**

Prof. Franz Hörmann, der Kritik am gegenwärtigen Geld- und Finanzsystem übt und einen Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Gesellschaft voraussagt, zog letzten Herbst auch unsere Aufmerksamkeit auf sich. Ende November 2011 interviewten wir Hörmann zu seinem Buch „Das Ende des Geldes“. In betont freundlicher Art äußerte er seine teilweise sehr eigenwilligen Vorstellungen zu einer Neugestaltung des Wirtschaftssystems, auch die kurz zuvor von ihm mitbegründete HuMan WEG Bewegung (HWB) war Gegenstand des Gesprächs.

Während der Bearbeitung des Interviews Anfang Dezember wurden wir durch die Beigewum-Mailingliste auf eindeutig antisemitische Äußerungen im „HWB-Kurzprospekt 2011“ aufmerksam, welches vom Schweizer Hans-Jürgen Klausner, ebenfalls Gründungsmitglied und Freund von Hörmann, verfasst wurde. Der folgende Ausschnitt wurde im Dezember 2011 aus dem Kurzprospekt entfernt, war jedoch bis zum 22. Jänner 2012 noch auf der Homepage der Bewegung (<http://www.kreditie.at/>) zu finden:

Der Vollstrecker der grossen Lüge: Die US-Armee, sowie FED bis IWF.

Die Vollstrecker der ersten Feststellung (alles ist feindbestimmt) sind die USA, die seit dem 2. Weltkrieg Europa geistig und materiell ununterbrochen kontrollieren und niederhalten, um es auf keinen Fall als Konkurrent um die Weltherrschaft offen bekämpfen zu müssen. Die US-Regierung weiss ebenso wie ihre geistig-jüdischen Führer, dass nur das neue Europa die Welt zu regieren berufen ist. Sie hatten berechtigt die nackte Angst im Nacken gespürt, als das neue Wirtschaftssystem des Deutschen Reiches ab 1933 die Arbeitslosigkeit mit fast zinslosem Geld ohne Golddeckung beseitigte und damit ein überragendes Beispiel für alle freiheitsliebenden Völker in Europa erschuf, das nur mit dem zweiten Weltkrieg wieder zum Verschwinden gebracht werden konnte. Daher stammen die Sätze „Deutschland muss vernichtet werden“ und die Kriegserklärung des Weltjudentums, bereits 1923 an Deutschland ausgesprochen, „...dass es von 8 Mio. Juden weltweit bekämpft werden müsse bis zu seinem kompletten Untergang“. So wird auch heute noch mit den Deutschen verfahren, etwas getarnt mit den Österreichern und den Schweizern.

Otmar Pregetter, Co-Autor von „Das Ende des Geldes“, distanzierte sich daraufhin von Hörmann und der von diesem mitbegründeten HuMan Weg Bewegung und kündigte an, dass es zu dem geplanten zweiten gemeinsamen Buch nicht kommen werde¹. Hörmann hinge-

gen beantwortete eine Anfrage der Solidarökonomie-Mailingliste folgendermaßen:

Diese Äußerungen entstammen einer persönlichen, subjektiven Einschätzung eines Menschen, der Gewalt völlig ablehnt, kein Revisionist ist (d.h. nichts davon hält, die „Geschichte zu begnadigen“), der aber, aufgrund seiner Biografie, eben ein...e Meinung vertritt, die nicht die meine und offensichtlich auch nicht die Ihre ist. Da wir aber stets von Toleranz reden, sollten wir diese auch leben, insbesondere, wenn unser gemeinsamer Grundsatz lautet: STRICH UNTER DIE GESCHICHTE - GANZ NEUE ANFANGEN - IN KOOPERATION UND LIEBE! LG²

Entschlossen, einer Person mit solch einer Einstellung gegenüber dem Holocaust kein Forum in den Standpunkten zu ermöglichen, suchten wir Hörmann am 21. Dezember 2011 erneut auf, um von ihm eine eindeutige Stellungnahme zu den Vorwürfen zu erhalten. Hörmann unterließ es nicht nur, sich von den rechts-esoterischen Inhalten des Statutenentwurfs zu distanzieren, sondern äußerte sich auch klar antisemitisch. Für Hörmann handle es sich bei politischen Ansichten (wie jenen von Klausner) um persönliche Meinungen, die es zu respektieren gelte und bei der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels als irrelevant zu betrachten seien. Aus diesem Grund sehe er auch keinen Anlass, sich von den oben angeführten Textstellen zu distanzieren. Das Verbotsgesetz würde das Recht nach Meinungsfreiheit einschränken und neonazistische Umtriebe bestärken. Der Genozid zur Zeit des Nationalsozialismus sei für Hörmann nicht endgültig geklärt, da es keine objektive und ideologiefreie Diskussion über diese Frage gegeben habe. Zu Gaskammern äußerte er sich folgendermaßen: Er habe keine Meinung zu Gaskammern, da er nicht dabei gewesen sei.

Auf den folgenden Seiten finden sich kommentierte Auszüge des Protokolls, welches wir auf Basis des Gesprächs erstellt haben. Dieses Protokoll sendeten wir auch Hörmann zweimal mit der Bitte um Autorisierung. Wir erhielten jedoch keine Antwort darauf.

Wir setzten uns mit Prof. Wilfried Altzinger und Prof. Peter Berger in Verbindung, die uns in der Sache beratend zur Seite standen. Im Jänner beschlossen wir, uns an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DöW) zu wenden. Durch die *Standpunkte* auf die Causa aufmerksam gemacht, erhob das DöW am 18. Jänner 2011 eine Strafanzeige gegen Hans-Jürgen Klausner bei der Niederösterreichischen Staatsanwaltschaft wegen Verhetzung und Wiederbetätigung. Der Fall ist mittlerweile an die zuständige Staatsanwaltschaft Krems weitergeleitet worden.

¹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111205_OTS0217/das-ende-des-geldes-der-zusammenarbeit-mit-univ-prof-dr-franz-hoermann

² <http://www.streifzuege.org/2012/wohin-verfaellt-hoermann-ii>

Das zweite Interview: Prof. Franz Hörmann

Am 25. Jänner trafen wir uns mit Tobias Müller vom *Standard*, um ihm die bisherigen Geschehnisse zu schildern und ihm unser Gesprächsprotokoll zur Verfügung zu stellen. Noch am selben Abend erschien der Artikel „*Occupy ringt um Position zu Rechten und Sektierern*“³ online, in dem Passagen aus unserem Protokoll zitiert wurden. Hörmann meinte dem *Standard* gegenüber, dass es keinen Sinn mache, aus heutiger Perspektive über den Holocaust zu reden, da nur noch Gebäudereste, Fotos und Beschreibungen vorhanden seien.

Am 26. Jänner kündigte die WU mittels Presseaussendung⁴ an, dass mit den im *Standard* angeführten Äußerungen die Grenze der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit überschritten sei. Sollten sich diese Aussagen als authentisch erweisen, werde die WU eine Suspension von Hörmann sowie eine Strafanzeige einleiten.

In einem weiteren *Standard*-Artikel⁵ vom 26. Jänner wird berichtet, dass Hörmann unser unveröffentlichtes Interview bestätige, sich jedoch als Opfer einer Verleumdungsaktion sehe. Einer der drei interviewenden Studierenden habe „von ihm in gehässiger Form immer wieder Aussagen zum Holocaust verlangt und sie dann nach eigenem Gutdünken zusammengesetzt.“⁶ Diese Aussage müssen wir zurückweisen. Das zweite Interview verlief zwar kontrovers aber niemals gehässig. Zum Beispiel bot uns Prof. Hörmann das Du an und bedankte sich bei uns nach unserem Gespräch für unser Engagement.

Noch am selben Tag setzte sich der ORF mit uns in Verbindung und bat uns, für ein Interview zur Verfügung zu stehen. In einem Beitrag der ZIB 2 zur Causa kommen WU-Rektor Christoph Badelt, Franz Hörmann und Susanne Reither von den Standpunkten zu Wort.

Am 2. Februar berichtete die WU per Presseaussendung, dass Prof. Hörmann vorläufig suspendiert wurde. Ein Disziplinarverfahren sowie eine Strafanzeige wurden eingeleitet.⁷

*Die AutorInnen studieren
VWL im Bachelor an der WU*

3 <http://derstandard.at/1326503744165/Occupy-Austria-Occupy-ringt-um-Position-zu-Rechten-und-Sektierern>

4 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120126_OTS0139/wu-bereitet-rechtliche-schritte-gegen-franz-hoermann-vor

5 <http://derstandard.at/1326503794604/Reaktion-WU-bereitet-rechtliche-Schritte-gegen-Hoermann-vor>

6 <http://derstandard.at/1326503794604/Reaktion-WU-bereitet-rechtliche-Schritte-gegen-Hoermann-vor>

7 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120202_OTS0060/franz-hoermann-vorlaeufig-suspendiert

Am Mittwoch, den 21. Dezember 2011 um 8.30 Uhr beginnt die Sprechstunde von Prof. Hörmann. Drei RedakteurInnen der Standpunkte betreten ca. fünf Minuten später des Büro Hörmanns im UZA III der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Standpunkte wollen in diesem zweiten Gespräch mit Hörmann eine Stellungnahme zu den Texten bekommen, die etwa drei Wochen zuvor auf der HuMan-WEG-Homepage veröffentlicht wurden.

Die Stimmung in Hörmanns Büro ist freundlich, Hörmann bietet uns allen das Du an. Wir fragen Hörmann zunächst nach dem Namen der Partei, die laut der HuMan-WEG-Homepage schon gegründet worden sei.

Für Hörmann steht der Name der Partei noch nicht fest. Vorschläge seien „Life“, „Weg der Mitte“ oder „Eins“. „HuMan-WEG“ sei nicht der Name der Partei, dies sei ein Vorschlag von Hans J. Klausner gewesen. Auch Programm und Domain stehen noch nicht fest. Parteigründung soll Ende Januar bzw. Anfang Februar 2012 stattfinden. Hörmann sei der Präsident der Partei, Hans J. Klausner der Sekretär. Die Bewegung, die eine Partei werden solle, stehe allen Religionen und Ideologien vollkommen neutral gegenüber, sei jedoch spirituell.

Die Textpassagen auf der Homepage wurden mit Hans-Jürgen Klausner unterschrieben. Manchmal verwendete Klausner sein Pseudonym Hans Wieser.

Hörmann schätze Klausner sehr, nicht zuletzt aufgrund seiner Konzepte bezüglich eines geldlosen Geldsystems. Er kenne Klausner schon über ein Jahr. Klausner sei ein esoterischer und christlich religiös eingestellter Mensch. Er sei im Gefängnis gewesen, weil er in der Schweiz wegen Giralgeldschöpfung verurteilt worden war. Klausner ist nach Hörmanns Meinung nicht rechtslastig. Er verwende lediglich rechtslastige Sprachcodes. Klausner spreche so, weil er erstens im Umfeld der Schweizer Großindustrie sozialisiert wurde, und zweitens weil er so von den Leuten mit denen er kommuniziert (den schweizer Großindustriellen) akzeptiert und verstanden werde.

Die Standpunkte fragen weiter zu den Textstellen nach, ob Hörmann sie als problematisch empfindet.

Für Hörmann sind lediglich die Ziele einer Person von Bedeutung, nicht jedoch deren Motive und persönliche Meinungen. Jede Person, die das gleiche Ziel wie die Bewegung anstrebt, nämlich eine bessere Gesellschaft, könne mit ihm

zusammenarbeiten. Nach Hörmann sind etwa MaoistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen, Nazis und Personen aller anderen Einstellungen in der Bewegung herzlich willkommen. Ziel der Bewegung sei es nämlich auch, die Spaltung in politische Parteien zu überwinden, sodass die Gesellschaft geeint wird. Hörmann sieht keinen Bedarf, sich von den Texten von Klausner zu distanzieren. Hörmann sieht in den Textstellen (S. 8) des HWB Kurzprospekts 2011 kein Problem, es sei die persönliche Meinung einer Einzelperson (Klausner), deshalb verstoße es auch nicht gegen das Verbotsgesetz. Das HWB Kurzprospekt sei nur eine Vorlage/Idee von Klausner gewesen. Das Verfassen eines Textes ist nach Hörmann keine Handlung, aber eine Meinung, die es zu respektieren gilt. Handlungen seien hingegen z.B. Enteignung oder die Schädigung anderer Menschen.

Das Interview entwickelt sich zu einer Diskussion. Die Standpunkte fragen Hörmann nach seiner grundsätzlichen Meinung zum Verbotsgesetz.

Das Verbotsgesetz befördert nach Hörmann rechtslastige Umtriebe. Es verhindere eine offene, öffentliche und ideologiefreie Diskussion über die Geschehnisse zwischen 1938 und 1945. Hörmann sieht im Verbotsgesetz eine Verhinderung einer wissenschaftlichen Untersuchung, die dann ermitteln könnte was Fakt und was Fiktion ist. Hörmann sieht im Verbotsgesetz das Verbiehen einer Meinung, was der Meinungsfreiheit widerspreche. Das Verbotsgesetz sei deshalb demokratiegefährdend, denn persönliche Meinungen seien ein elementarer Grundsatz der Demokratie.

Hörmann kommt auf Attac zu sprechen.

Hörmann schätze Attac sehr, kritisiert jedoch die Ansicht mancher Mitglieder der Finanzmarktgruppe von Attac, die behaupten, die Kritik am Zinseszinssystem sei generell antisemitisch. Damit könne nicht mehr auf der Sachebene gegen das Zinseszinssystem argumentiert werden, unter dem sehr viele Menschen leiden, da dadurch gewissermaßen eine Enteignung stattfinde.

Nach Hörmann kommt es zu einem Missbrauch des Antisemitismus-Begriffs: nicht religiöse Juden, die aufgrund ihrer ausbeuterischen Geschäftstätigkeit kritisiert werden, verteidigen sich mit dem Antisemitismus-Argument. Dieser Missbrauch sei teilweise auch der Grund für den massenweisen Mord an Juden in der Vergangenheit. Die wirklich gläubigen Juden setzen sich der Geschäftemacherei mit dem Zinseszins entgegen.

Auf den Nationalsozialismus und auf die Existenz angesprochen, äußert sich Hörmann folgendermaßen.

Für Hörmann ist die Frage des Genozids zur Zeit des Nationalsozialismus nicht endgültig geklärt, weil es noch keine objektive und ideologiefreie Diskussion über diese Frage gegeben habe.

Für ihn stehen in einigen historischen Büchern eine Meinung und in anderen eine gegenteilige. Hörmann könne die Geschehnisse zur Zeit des Nationalsozialismus nicht beurteilen, weil er nicht dabei war. Er möchte die Ereignisse aber keinesfalls schönreden.

Hörmann findet, dass, wenn ein von Nationalsozialisten ausgeübter Genozid diskutiert wird, ein nach Hörmann gegenwärtig stattfindender Genozid der USA ebenso diskutiert werden sollte. Hörmann könne die Frage, ob es während der Zeit des Nationalsozialismus Gaskammern gegeben habe, nicht beantworten. Die Geschehnisse seien schon zu lange vergangen; er sei nicht dabei gewesen. Er habe keine Meinung zu Gaskammern. Es sei angesichts der viel dringenderen aktuelleren Probleme wichtiger, sich mit der Zukunft, anstatt mit der Vergangenheit zu befassen.

Bezüglich der vorherrschenden Mängel in der Wissensgesellschaft nennt Hörmann ein Beispiel, wonach ein Techniker aufzeigen wollte, dass Gaskammern technisch nicht funktioniert haben können. Dies habe sehr viel Aufsehen erregt. In so einer Situation solle die Sache objektiv geprüft werden können und nicht mit der Begründung abgetan werden, dass gegen ein Gesetz verstoßen wurde. So etwas solle offen diskutiert und gegebenenfalls auch widerlegt werden können.

Hörmann ist der Meinung, einen Strich unter die Geschichte zu machen, neu anzufangen und die Diskussionen über die Zeit des Nationalsozialismus bleiben zu lassen. Es gebe keine Augenzeugen mehr, deren Meinung ernst genommen werden könne. Die heute noch lebenden Zeitzeugen seien nicht mehr in der Lage, die Geschehnisse korrekt zu beurteilen.

Nach etwa 70 Minuten verlassen die Standpunkte-RedakteurInnen Hörmanns Büro. In den darauffolgenden Tagen wird das Protokoll angefertigt, aus dem hier Ausschnitte veröffentlicht sind. Die wiedergegebenen Passagen wurden sinngemäß so von Hörmann getätigt.

Das Interview führten
Stefanie Gerold, Matthias Nocker und Susanne Reither.
Sie studieren Volkswirtschaftslehre an der WU Wien

buchrezension:

„Das Ende des Geldes – Wegweiser in eine ökosoziale Gesellschaft“

Franz Hörmann, Otmar Pregetter | Galila Verlag | 2011

von Stefanie Gerold



Dem 2011 erschienenen populärwissenschaftlichen Buch zufolge steht der ultimative Finanzcrash kurz bevor. Zentrale Kritik richtet sich an das zins(es-zins) basierte Geldsystem, welches als wahre Ursache der Krise ausfindig gemacht wird: Während die Geldvermögen exponentiell ansteigen, wächst die Realwirtschaft höchstens linear, was immer wieder zu Finanzkrisen führe. Das Zinseszinsystem wird als Enteignungssystem bezeichnet, da dadurch eine Umverteilung von SchuldnerInnen hin zu Finanzkonzernen und Kreditinstituten stattfindet.

Unter Beschuss gerät auch der Prozess der Geldschöpfung: 97% der Geldmenge entstehe durch die Kreditvergabe von Geschäftsbanken, die durch einen einfachen Buchungsvorgang „Geld aus der Luft“ erzeugen würden, ohne dass dieses durch einen konkreten Gegenwert gedeckt sei. Da in diesem Prozess das Geld für die Zinsrückzahlung nicht geschöpft werde, müsste dieser Betrag von den Mitmenschen abgerungen oder eine neue Schuld aufgenommen werden. Dadurch funktioniere die gesamte Wirtschaft nach dem Konkurrenzprinzip.

Neben der Zinseszinsregel werden auch wirtschaftswissenschaftliche Konzepte wie Buchhaltungs- und Bilanzierungsvorschriften kritisiert. Es handle sich dabei lediglich um überholte Regeln, die von wirtschaftswissenschaftlichen Bildungseinrichtungen am Leben erhalten werden, um gesellschaftliche Machthierarchien zu reproduzieren.

Die Vorstellungen der Autoren über eine neue, geldlose Gesellschaft werden nur kurz angerissen und wirken größtenteils realitätsfremd oder nicht nachvollziehbar. Forderungen wie jene nach einer demokratischen Geldschöpfung oder einer grundlegenden Reform des Bildungssystems mögen ja durchaus einleuchten. Ausführungen wie jene über die „Bankmitarbeiter(sic)“

der Zukunft“, sogenannte „WEG-Begleiter(sic)“, die als (Lebens-)LehrerInnen, geistige FührerInnen, Heilkundige oder technische BeraterInnen agieren sollen, gleiten jedoch ins Esoterische ab und lassen den/die LeserIn irritiert zurück. Wie ein Übergang in diese neue Gesellschaft vonstatten gehen sollte, erfährt man leider nicht.

Struktureller Antisemitismus. Was ist das?

Was Antisemitismus bedeutet, ist klar: JüdInnenfeindlichkeit oder Hass auf JüdInnen. Über lange Strecken begleitete der Antisemitismus die europäische Geschichte. JüdInnenhass lässt sich bei europäischen ReformernInnen und Gelehrten der letzten Jahrhunderte finden. Es ist aber wohl kein Zufall, dass Antisemitismus 1934 das erste Mal im Rechtschreibduden stand.

Die Art der Argumentation des Antisemitismus ist im Grund banal: Zuerst werden „die Juden(sic)“ als eine homogene Gruppe konstruiert. Danach werden ihnen negative bis unmenschliche Eigenschaften zugeschrieben – so werden sie zum Sündenbock gemacht. Sämtliche Probleme werden auf „die Juden“ zurückgeführt. Die AntisemitInnen konstruieren sich selbst als Opfer „der Juden“, vor denen sie sich schützen müssen indem sie „die Juden“ bekämpfen.

Der strukturelle Antisemitismus macht etwas Ähnliches, nur ist hier die Struktur der Argumentation im Vordergrund. „Die Juden“, als ethnisch konstruierte Gruppe, müssen in einer strukturell antisemitischen Argumentation gar nicht vorkommen. Hingegen bleibt die Struktur des Arguments gleich: „oben“, an den Hebeln der Macht, sitzen „unmenschliche“ Leute („Heuschrecken“), die verschworen „den kleinen Mann(sic)“ ausbeuten und die Welt regieren. Die PolitikerInnen werden zu „lügenden Marionetten“, die die Agenda der eigentlichen RegentInnen der Welt durchsetzen. Die normale Bevölkerung werde von denen „oben“ unterdrückt und ausgesaugt, deshalb müssen „die oben“ bekämpft werden.

Kapitalismus-, Geld- und Zinskritik sind besonders gefährdet einer strukturell antisemitischen Argumentation zu verfallen. Häufig werden etwa „die Gier der Banker(sic)“ und „die Spekulanten(sic)“, oder eine andere „mächtige Elite“, verurteilt; sie seien der Grund des Übels und des Kapitalismus. Durch die Personifizierung der Kritik geht die systemische Ebene verloren. Die Kritik richtet sich nur mehr gegen die „Banker“ und „Spekulanten“ und nicht mehr gegen die Systematik des Kapitalismus.

Der direkte Antisemitismus ist oft nur mehr ums Eck. Es geht dann nicht mehr um zinsloses Geld sondern um ein gänzlich „zi(o)nsfreies Geldwesen“.

Was kostet der Tod?

Sterbehilfe und Ökonomie.

Die empirische Analyse von Gesundheitsausgaben verschiedener Gesundheitssysteme zeigt, dass die aggressive Behandlung von Krankheiten, insbesondere jener im Endstadium hohe Kosten verursacht. Für das immer schwerer wiegende Problem der Finanzierung dieser Systeme gibt es unterschiedliche Lösungsvorschläge. Dieser Artikel betrachtet einen der kontroverseren unter ihnen.
von **Fedja Pivodic**

Die Konsequenzen von alternden Bevölkerungen werden für Staaten und ihre Gesundheitssysteme zur zunehmenden Bedrohung. Von der Frage nach den Möglichkeiten der Finanzierung eines Gesundheitssystems, dessen Kosten immer schneller ansteigen (OECD 2011) kommend ist es naheliegend, einen Blick auf die größten Quellen dieser Kosten zu werfen. Es fällt dabei jedoch auf, dass die Gesundheitsausgaben weniger mit dem Alter von PatientInnen zu tun haben, als mit deren „Todesnähe“. PatientInnen im Endstadium einer Krankheit benötigen überproportional viele Ressourcen. So entfallen in den USA 27-30 Prozent der jährlichen Medicare-Aufwendungen auf jene 5-6 Prozent der BezieherInnen, die in demselben Jahr sterben (Emanuel and Emanuel 1994).

Nun ist es – zumindest unter ÖkonomInnen – eine überraschend häufige und gar nicht so neue Idee, dass Sterbehilfe nicht nur beispielsweise ein Weg zu stärkerer Selbstbestimmung des Patienten oder der Patientin ist, sondern auch bedeutende volkswirtschaftliche Folgen haben könnte.

Bezahlter Tod

Ausgehend von der Beobachtung, dass für schwere Krankheiten, die einen terminalen oder chronischen Charakter haben, die Behandlungskosten meist weitaus größer sind als etwaige Selbstbehalte oder Kostenbeteiligungen in Gesundheitsversicherungen, kann man zu mehreren Lösungsmöglichkeiten kommen. Eine Möglichkeit die Inanspruchnahme von Behandlungsmethoden, die zu einer Kostenexplosion im Gesundheitsbereich führen, zu verringern, ist die Konzeption von sogenannten death benefits. Diese sind monetäre Leistungen, die im Austausch für den Verzicht auf eine medizinische Behandlung im Endstadium einer unheilbaren Krankheit gezahlt werden. Anders formuliert könnte man sagen, dass die Zahlungen für die Entscheidung zur Inanspruchnahme von Sterbehilfe geleistet werden sollen. (vgl. Fung 1993, Calabresi et al. 1978 oder Byrne 2000).

Es ergibt sich schon an dieser Stelle eine Vielzahl von Problemen. Wenn ein Argument der Legalisierung von Sterbehilfe die erwähnte höhere Selbstbestimmung ist, dann untergräbt sie gerade der ökonomische Druck, der dadurch geschaffen wird, dass Patienten und Patientinnen zwischen dem Gegenwert der Behandlung ihrer womöglich unheilbaren Krankheit und ebendieser Behandlung wählen müssen. Wie soll damit umgegangen werden, dass der ökonomische Druck von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zwangsläufig verschie-

den wahrgenommen wird? Fung nimmt in seinem Artikel (1993) das erstere der beiden soeben erwähnten Probleme wahr, tut es aber mit einem „the world is full of slippery slopes“ als unzureichenden Grund zur Inaktivität ab (vgl. Fung 1993, 287).

Auf der anderen Seite steht der meines Erachtens sehr berechtigte Einwand gegen die Legalisierung von Sterbehilfe ohne die Einführung von death benefits: das prinzipielle Recht des Patienten/der Patientin auf eine Behandlung bis zum Eintritt des medizinischen Todes. Sollte auf diese aus welchem Grund auch immer verzichtet werden, so stünde dem Argument zufolge dem Patienten oder der Patientin zumindest der materielle Gegenwert der Behandlung zu. Dieser Gedanke basiert unter anderem auf dem vielen Gesundheitssystemen und Gesundheitsversicherungen unterliegenden Gedanken, dass jedem und jeder die medizinische Behandlung bis zum Eintritt des medizinischen Todes zusteht.

Schließlich könnte man noch anführen, dass der oben genannte ökonomische Druck im Zusammenhang mit Sterbehilfe auch ohne die in Aussicht gestellten death benefits existiert, nur weniger explizit. Dass wir uns dieses Drucks nicht unmittelbar bewusst sind, liegt unter anderem an der Ausgestaltung des österreichischen Sozialversicherungssystems mit universellem Anspruch. Es ist daher auch nicht sonderlich verwundernd, dass solche Diskussionen zu einem großen Teil dem britischen und vor allem US-amerikanischen Raum entspringen.

Opportunitätskosten des Todes

Einer ähnlichen Argumentationslinie bedient sich Callahan (1995) in einem Aufsatz über die Behandlung von Demenzkranken. Er fordert auf, trotz des postulierten universellen Rechts jedes Menschen auf medizinische Behandlung zwischen der scheinbar aussichtslosen Behandlung von Demenzkranken in einem todesnahen Stadium ihrer Krankheit und der Behandlung von aussichtsreicheren Fällen abzuwägen (vgl. Callahan 1995, 28f).

Die Möglichkeit dieser Abwägung stützt sich meines Erachtens auf zumindest drei Voraussetzungen: Einerseits geht man davon aus, dass Ressourcen zur Behandlung begrenzt und in einem unzureichenden Ausmaß zur Verfügung stehen, dies halte ich für eine plausible Annahme. Zweitens ist notwendig, dass freiwerdende Ressourcen, die nicht für die Behandlung von Demenzkranken verwendet werden, für andere Patienten verwendet werden können. Dies halte ich in einem



ausreichend flexiblen Gesundheitssystem auch für möglich. Der dritte Punkt bezieht sich darauf, dass man zwischen den Erfolgsaussichten von Behandlungen abwägen können muss, und zwar von Behandlungen von unterschiedlichen Krankheiten bei unterschiedlichen Patienten. Diesen Vergleich halte ich für problematisch, vor allem in Anbetracht der Unsicherheit, die mit medizinischen Erkenntnissen und Diagnosen verbunden ist. So haben gerade in der Erforschung der Altersdemenz in den letzten beiden Jahrzehnten zahlreiche neue Erkenntnisse zu neuen Behandlungsmethoden aber auch zu neuen Auffassungen darüber geführt, was es bedeutet an Demenz zu leiden (vgl. Callahan 1995, 25).

Unsicherheit

Das fundamentale Problem solcher Diskussionen ist, dass die Unsicherheit in der Medizin noch viel weitreichender ist. Die Annahme, dass man bei PatientInnen im Endstadium einer Krankheit vorhersagen kann, wann sie sterben werden, ist nicht gerechtfertigt. Daher ist es sehr schwierig festzustellen, welcher Teil der Gesundheitsausgaben Pflege und Palliativmedizin ist, und welcher Teil tatsächlich der Heilung der Erkrankung dient. Gesundheitsausgaben, die kurz vor dem Tod eines Patienten oder einer Patientin anfallen, können daher nicht allgemein als verschwenderisch angesehen werden. Die alleinige Kostenbetrachtung des Todes ohne eine kritische Auseinandersetzung mit den ethischen und sozialen Implikationen einer solchen Sichtweise halte ich für unverantwortlich. Sehr schnell gelangt man so auf den Weg einer vom Individuum losgelösten Analyse von materiellen Werten, die weitgehend an der Problemstellung vorbeigeht und keine relevante Erkenntnis liefert.

Eine bessere Möglichkeit für den Umgang mit kostenintensiven, von Patienten oft nicht gewünschten Behandlungsmaßnahmen (Field and Cassel 1997) bietet palliative care. Allgemein beschreibt dieser Begriff den Ansatz, das von lebensbedrohlichen Krankheiten hervorgerufene Leiden durch frühzeitige und präzise Identifikation und Behandlung von Schmerzen sowie anderen Beschwerden (physischer,

psychischer und spiritueller Natur) zu mindern (vgl. WHO 2012). Der Fokus auf die Prävention und Milderung von Leid und die Verbesserung der Lebensqualität durch das Beherrschen von Symptomen und Schmerzen erlaubt es, sich vom fragwürdigen Anspruch der klassischen Medizin zu lösen, Patienten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln am Leben zu erhalten. Zwar ermöglicht auch palliative care es nicht, die Kosten der Behandlung von Patienten und Patientinnen am Lebensende in großem Ausmaß senken (vgl. Emanuel and Emanuel 1994), aber stärkere Selbstbestimmung, weniger Schmerzen und Leid und ein würdevolles Lebensende sind von unschätzbarem Wert.

Fedja Pivodić studiert Volkswirtschaft an der WU

Literatur

- Badelt, C. und A. Österle (1998): Spezieller Teil: Sozialpolitik in Österreich. Wien: Manz Verlag.
- Byrne, M. and P. Thompson (2000): Death and dignity: Terminal illness and the market for non-treatment. *Journal of Public Economics*, Vol. 76, No. 2, pp. 263-294.
- Callahan, D. (1995): Terminating Life-Sustaining Treatment of the Demented. *The Hastings Center Report*, Vol. 25, No. 6, pp. 25-31.
- Calabresi, G. and P. Bobbitt (1978). *Tragic Choices*. New York: Norton.
- Emanuel, E. J., and Emanuel, L. L. (1994). The Economics of Dying - The Illusion of Cost Savings at the End of Life. *New England Journal of Medicine*, No. 330 (8), pp. 540-544.
- Field, M. J. (Ed.) and C. K. Cassel (Ed.) (1997): *Approaching Death: Improving Care at the End of Life*. For the Committee on Care at the End of Life, Institute of Medicine: Washington D.C.: National Academy of Science.
- Fung, K. K. (1993): Dying for Money: Overcoming Moral Hazard in Terminal Illnesses through Compensated Physician-Assisted Death. *American Journal of Economics and Sociology*, Vol. 52, No. 3, pp. 275-288.
- OECD (2011): Health: spending continues to outpace economic growth in most OECD countries: http://www.oecd.org/document/38/0,374_6,n_21571361_44315115_48289_894_1_1_1_1,00.html [10.12.2011]
- WHO (2012): WHO Definition of Palliative Care. <http://www.who.int/cancer/palliative/definition/en/> (Zugriff am 25.01.2012)
- WHO (2011): *Palliative Care for Older People. Better Practices*. Copenhagen: Regional Office for

„Vorwärts zur Mäßigung“

von Hans Christoph Binswanger | Murmann-Verlag | Hamburg | 2010

von **Hannah Fietz**

Krisen erweisen sich oft als fruchtbarer Boden für Veränderungsbereitschaft. Auch in der momentanen (Wirtschafts-)Krise wird der Ruf nach Alternativen zum derzeitigen System laut. Neben Finanz- und Wirtschaftskrise droht auch die Umwelt zu kollabieren.

Hans Christoph Binswanger, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen bemüht sich in seinem Buch „Vorwärts zur Mäßigung“ um eine differenzierte Betrachtung der aktuellen Lage. Die Kernaussage ist nicht neu: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Vor allem die Natur macht dem „ewigen Wachstum“ einen Strich durch die Rechnung, da sie in den klassischen ökonomischen Modellen kaum berücksichtigt wird.



Der Autor versteift sich nicht auf wirtschaftlich-mathematische Ausführungen sondern spannt den Bogen von griechischen Sagen über Zeitungsartikel bis zu Vorschlägen zur Energiepolitik. Bemerkenswert ist die verständliche Aufbereitung, die mit einem sparsamen Einsatz von Fachbegriffen auskommt. Dabei verfällt er aber nicht in einen vereinfachenden und populistischen Stil, wie er oft in der „kritischen Literatur“ zur Ökonomie vorkommt.

Die erste Hälfte des Buches befasst sich mit grundlegenden und historischen Erklärungen und der Schaffung eines Problembewusstseins. Trotz allem Interesse an theoretischen Konzepten erwartet man nach den ersten hundert Seiten langsam einen Praxisbezug, der als Grundlage für echte Veränderungen dienen kann. Im weiteren Verlauf des Buches wird diese Erwartung glücklicherweise erfüllt. Binswanger plädiert unter anderem für eine Neustrukturierung des Geldsystems und eine aktivere Rolle der Zentralbanken. Auch eine Veränderung der Unternehmensverfassungen ist für ihn eine Möglichkeit, Spekulationen zu verhindern. Der Fokus liegt jedoch über weite Strecken auf den ökologischen Herausforderungen der momentanen Krise. Die Vorstellung diverser Nachhaltigkeitsstrategien bilden das Herzstück des Buches.

Binswangers Ausführungen sind alleine aufgrund der globalen Betrachtungsweise lesenswert. Hier schreibt kein „Fachidiot“ sondern ein auf vielen Gebieten versierter Mensch. Das Buch hat durchaus auch Unterhaltungsscharakter, zu Themen wie „erneuerbare Energien“ ist auch Kontroversielles zu finden. Trotzdem bleibt der Aufruf zur Mäßigung ein relativ leidenschaftsloser Apell. Binswangers „Wege aus der Krise“ können nur ein erster Denkanstoß sein und bedürfen einer wiederum kritischen Reflexion und Weiterführung.

„Das Globalisierungs-Paradox“

von Dani Rodrik | C.H.Beck | München | 2011

von **Harald Wieser**

Von all den Büchern über die Globalisierung vermag kein anderes einen dermaßen kompakten Überblick über die politischen und ökonomischen Implikationen dieses Phänomens zu geben wie Dani Rodriks Globalisierungs-Paradox. Ob AnfängerIn oder StudentIn der Volkswirtschaft, dieses Buch ist für jeden politisch interessierten Menschen lesenswert. Rodrik belässt es nicht bei der Geschichte und den Vor- und Nachteilen der Globalisierung, sondern geht auch eindringlich auf die Eskapaden der finanziellen Globalisierung und das politische Trilemma der Weltwirtschaft ein. Im Gegensatz zu anderen ÖkonomInnen will Rodrik mit diesem Buch keine Antworten liefern, sondern zeigt auf, welche Antworten innerhalb eines demokratischen Prozesses möglich sind. Somit bleibt dem Leser/der Leserin der Freiraum sich selbst eine Meinung zu den einzelnen Vorgängen zu bilden. Darin liegt die Stärke des Globalisierungs-Paradox.



Wer unterrichtet dich?

Stefan Humer

Das Interview wurde geführt von **Nicole Gruber** und **Brigitte Hochmuth**

Warum haben Sie sich für das Studium der VWL entschieden?

Das war für mich keine leichte Entscheidung nach Gymnasium und Bundesheer. Ich habe mich aber sehr dafür interessiert, wie die „Wirtschaft“ als wichtiger Bestandteil unseres Gesellschaftssystems funktioniert und gehofft, dass ich das verstehen könnte. Daraufhin habe ich mich an der WU für BW, VW und Wirtschaftsrecht eingeschrieben, bin dann aber bei VW hängen geblieben, weil mich das am meisten interessiert hat. Zwischenzeitlich war ich dann aber etwas enttäuscht, weil ich zwar eine Menge Theorie gelernt habe, sich das Verständnis der realen Welt außerhalb des Unigebäudes aber nicht so recht einstellen wollte.

Warum haben Sie sich für die WU und gegen die Uni Wien entschieden?

Das war eher eine zufällige Entscheidung, weil ich anfangs auch BW und Wirtschaftsrecht machen wollte und ich dachte, dass diese Kombination auf der WU am besten möglich wäre.

Was hat Sie dazu bewegt, ein Doktoratsstudium zu beginnen?

Ich habe mein Diplomstudium relativ schnell abgeschlossen und hatte damals die Möglichkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf der WU an einem Projekt mitzuarbeiten, daher habe ich mich gleichzeitig für das Doktoratsstudium eingeschrieben. Es plagten mich aber weiterhin Zweifel, ob ich tatsächlich besser verstanden habe, wie das Wirtschaftssystem funktioniert und ob dieses Studium das Richtige für mich ist. Daher mache ich nun mein Doktoratsstudium in der Hoffnung die Prozesse die unser aller Leben so sehr beeinflussen doch noch zu durchschauen. Hinzu kam, dass wir uns zu Beginn meines Doktoratsstudiums mitten in der Wirtschaftskrise befanden und ich unbescheiden gehofft habe irgendwann meinen Beitrag zu leisten, dass man solche Ereignisse in Zukunft verhindern kann.

Welche Forschungsschwerpunkte setzen Sie in Ihrer Arbeit?

Bis jetzt beschäftigte ich mich sehr viel mit Verteilungsfragen anhand von Mikrosimulationsmodellen. Im Konkreten analysieren wir, wie die Veränderung des Steuer- und Abgabensystems auf die Einkommensverteilung wirkt. Ich finde insgesamt, dass die Verteilungsthematik eine sehr wichtige ist, die in der ökonomischen Theorie aber stark in den Hintergrund gedrängt wurde. Verteilungsfragen spielen in sehr viele Bereiche hinein und viele Theoriekonzepte sollten dringend um diesen Aspekt erweitert werden. Mein zweiter Forschungsschwerpunkt ist die Behandlung von Modellungswissheit in der Ökonometrie.

Sie arbeiten für die Statistik Austria bei der Volkszählung mit. Wie stehen Sie zum Thema Datenschutz in der Registerzählung?

Prinzipiell ist das ein heikles Thema. Die Registerzählung nimmt Datenbestände, die in der öffentlichen Verwaltung vorhanden sind, und fügt diese in anonymisierter Form zusammen. Das Problem dabei ist, dass mit dem Zusammenspielen der Datensätze ein relativ umfangreiches Bild einer Person konstruiert werden kann. Es gibt allerdings eine Reihe von Maßnahmen, die gewähren, dass die Mitarbeiter_innen die einzelnen Individuen nicht identifizieren können. Aber man muss natürlich sicherstellen, und das macht die Statistik Austria auch, dass der Datensatz nicht abhanden kommt.

Wie gut sind die Daten der Registerzählung Ihrer Meinung nach geschützt bzw. denken Sie, dass es Hacker_innen möglich ist an

Acht Fragen an Stefan Humer

Wer ist Ihr_e Lieblingsökonom_in?

Einer, der mich in den letzten Jahren sehr begleitet hat, war Tony Atkinson, dem ich hoch anrechne, dass er sich bemüht hat Verteilungsfragen wieder verstärkt in den ökonomischen Diskurs einzubringen.

Was war Ihr Berufswunsch während der Schulzeit?

Lehrer_in

Würden Sie nochmal VWL studieren?

Mit dem Informationsstand, den ich heute habe, würde ich vorher oder gleichzeitig ein Grundstudium in Mathematik oder Statistik beginnen, um das Formale in den ökonomischen Theorien besser verstehen können, würde mich aber wieder im selben Bereich orientieren.

Was ist Ihr Lieblingsbuch?

Das ist schwierig. Eines, das ich vor Kurzem gelesen habe war „Die andere Bildung“ von Ernst P. Fischer. Es gibt einen Überblick über relativ aktuelle Erkenntnisse der Naturwissenschaften und war für mich ein sehr interessantes Update meines Schulwissens.

Was ist Ihr Lieblingsfilm?

„Das Leben des David Gale“

Was machen Sie in Ihrer Freizeit am liebsten?

Mit meinen Kindern spielen, lachen und toben.

Wie kommen Sie täglich zur WU?

Der klassische Pendlertriathlon: Mit Rad bzw. Auto zum Bahnhof, dann mit dem Zug und anschließend mit der U-Bahn

Was war Ihr Lieblingsfach in der Schule?

Mathematik

Wen wollten Sie schon immer mal kennen lernen?

Meine Frau und Kinder, und das jeden Tag neu



den Schnittstellen zwischen den einzelnen Registern zuzugreifen?

Ich bin kein Experte auf dem Gebiet der Datensicherheit, aber denke, dass es prinzipiell sehr schwierig ist von außen auf die Daten der Statistik Austria zuzugreifen. Ob es unmöglich ist kann ich nicht beurteilen. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Statistik Austria alles Mögliche unternimmt um Angriffe dieser Art und jeglichen Missbrauch zu verhindern.

März

Lesekreis: Das Kapital Band 1

mit ao. Univ. Prof. Reinhard Pirker
Termine: Freitag, 16.3. (HS 2.24B), 23.3. (HS 4.39B), 20.4. (HS 3.35C), 4.5. (HS 3.35C),
11.5., 25.5., 1.6. und 15.6. (jeweils HS 4.40C) jeweils von 15:30 – 18:30 Uhr

The Hitchhikers Guide zur Entwicklungsthematik

Workshop der Entwicklungsgruppe von Attac
3. März, 11 Uhr, Ort: tba

Ökonomie von Gut und Böse

Interview Christian Felber interviewt Tomas Sedlacek, zum Buch „Die Ökonomie von Gut und Böse“
Montag, 5. März 2012, 19.00 Uhr
Nähere Infos : www.attac.at

Visionen für den Wandel - Veränderungen erfolgreich gestalten - Ökosoziales Forum

Diskussion Johannes Kaup, Harald Welzer und Werner Wutscher
zu Rohstoffknappheit, Klimawandel und Ökonomie.
7. März 2012, 18:30 Uhr – ORF RadioKulturhaus, Großer Sendesaal (Eintritt: EUR 12,-/14,-)
<http://www.oekosozial.at/>

1. Attac Entwicklungsgruppen Inhaltstreffen

13. März, 19 Uhr im Attac Büro

Ökonomisierung der Sorgearbeit - fürsorgliche Praxis

Vortrag Eva Senghaas-Knobloch für die Reihe „Sorge - Arbeit am guten Leben“
13. März 2012, 18.00-20.00 - IWM library
www.iwm.at

Ideensuppe mit Harald Badinger

Mittwoch, 14. März, 13 Uhr im Sagya (ggü. WU)
Diskussionsrunde zum Thema Studienplangestaltung; Gast: Prof. Harald Badinger
(Vertreter des Departments VWL in der Curricularkommission der WU)

Zahlen bitte! – Die Kosten der Krise tragen wir alle

Buchpräsentation und Diskussion
27. März 2012, 17.00 Uhr – Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum
www.wirtschaftsmuseum.at

April

5. FIW-Forschungskonferenz zu „International Economics“

13. April 2012 - Wirtschaftsuniversität Wien
Teilnahme kostenlos, Konferenzsprache: englisch
www.fiw.ac.at

Seminar Genderstereotype in der Wirtschaftskommunikation

Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen
26. April 2012 – Beginn 08.30h Wirtschaftsuniversität Wien
www.wu.ac.at

Ausblick

Die Monster der Finanzen: Inflation, Deflation, Kurssturz, Konkurs, Krieg und Enteignung

Ein Überblick über die Finanzkrise von Sebastian Müller-Klestil
23. Mai 2012, 19.00h
www.wirtschaftsmuseum.at

Workshop: The Political Economy of International Organizations

mit u.a. James Vreeland (IMF), Doris Oberdabernig
8./9. Juni (in Vorbereitung) Infos ab April unter wu.ac.at/economics/vw-zentrum

Momentum-Kongress 2012 : Demokratie - Bewerbung im Frühjahr nötig

27. – 30. September 2012, Hallstatt
Nähere Infos : www.momentum-kongress.org

Veranstaltungskalender